

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.15/16 - 60. Jahrgang

21. August 2010



Die Proteste gegen den Atomausstieg gehen weiter - mit einer Demonstration am 18. September in Berlin. Foto: Horb

Anti-AKW-Bewegung ruft zur Demo am 18. 9. auf

Wenn die Anti-Atombewegung am 18. September auf die Straße geht, ist auch die Berliner SPD wieder dabei. Zehntausende wollen in Berlin friedlich das Regierungsviertel umzingeln und gegen eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten protestieren. Unter dem Motto „Atomkraft - Schluss Jetzt!“ soll gegen einen Weiterbetrieb der Atomreaktoren demonstriert werden, die den Weg in eine klimaverträgliche Zukunft mit Erneuerbaren Energien verbauen und das Land vor ungelöste Entsorgungsprobleme stellen. Berliner SPD-Mitglieder treffen sich am 18. September um 12.45 Uhr an der Reichstagswiese. Weitere Einzelheiten zur Demonstration unter www.spd-berlin.de oder www.anti-atom-demo.de/. **PM** □

Böhning: Netzneutralität sicherstellen

Für eine gesetzliche Absicherung der Netzneutralität im Internet hat sich der netzpolitische Sprecher der SPD Björn Böhning ausgesprochen. Netzneutralität bedeutet, dass jedes Datenpaket, das über die Leitungen der Internetprovider vom Sender zum Empfänger geleitet wird, gleichberechtigt ist. Unternehmen planen derzeit, sich für die bevorzugte Behandlung von Daten im Internet bezahlen zu lassen. Der Transport von Inhalten, Meinungen und Ideen dürfe nicht Geschäftsinteressen geopfert werden. □

Rekommunalisierung:

„Daseinsvorsorge stärken“

Michael Müller legt Strategiepapier vor

Die Berliner SPD setzt die Debatte um eine verlässliche Daseinsvorsorge fort. Als Ergebnis der Beratungen der AG Rekommunalisierung hat der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller jetzt ein Strategiepapier vorgelegt, das Anfang September im Landesvorstand und anschließend breit in der Partei diskutiert werden soll.

Unter dem Titel „Die solidarische Stadt: Strategien der Stärkung des öffentlichen Einflusses auf grundlegende Belange der Daseinsvorsorge“ benennt der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende vier Handlungsfelder, in denen konkrete Strategien bezüglich der Frage der Stärkung öffentlichen Einflusses verabredet werden müssen: Wasser, Energie (Strom, Gas, Wärme), Mobilität (S-Bahn) und Wohnen.

Müller: „Die Frage, welche Aufgaben der Staat zu leisten hat und welche nicht, ist nach wie vor richtig und notwendig. Allerdings muss die Politik die Scheuklappen ablegen und sich selbstbewusst darauf besinnen, welche Aufgaben tatsächlich besser in öffentlicher Regie durchgeführt werden und welches somit die echten Kernauf-



Rekommunalisierung prüfen: Michael Müller.

gaben des Staates sind. Der Staat muss für diese Kernaufgaben auch die Verantwortung übernehmen. Denn Verantwortung der öffentlichen Hand in diesen Bereichen ist nicht nur eine Frage der Legitimität, sondern oft genug auch eine Frage der Effizienz.“ Rekommunalisierung dürfe „kein Selbstzweck mit der Folge neuer finanzieller Risiken sein, die auch wieder nur von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden müssten“. Vielmehr müsse in den Handlungsfeldern eine offene Analyse erfolgen, die auch Berlins schwierige Haushaltslage im Blick hat. **weiter Seite 3**

„Sorgerecht rasch neu regeln“

ASJ Berlin: Gemeinsame Sorge auch bei nichtehelichen Kindern

Für eine rasche Neuregelung des Sorgerechts für nichtehelich geborene Kinder haben sich die sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen ausgesprochen. Auslöser der neuen Debatte war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

ASJ-Vorstand und Familienrichter Dr. Herbert Trimbach: „Der Bundestag ist aufgefordert, unverzüglich §§ 1626a, 1672 BGB so zu ändern, dass auch bei nicht miteinander verheirateten Eltern die gemeinsame elterliche Sorge den Regelfall darstellt, von dem nur aus Gründen des Kindeswohls abgewichen werden darf.“ Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner Entscheidung

die Regelung im BGB, nach welcher ein gemeinsames Sorgerecht nicht miteinander

IN DIESER AUSGABE:

BEZIRKSTOUR MIT KLAUS WOWEREIT	S. 2
GENE „PRO“-PAGANDA	S. 5
KAMPF GEGEN MENSCHENHANDEL	S. 14
WIE GERECHT SIND VOLKSENTSCHEIDE?	S. 15

verheirateter Eltern nur mit Billigung der Mutter möglich ist, für verfassungswidrig erklärt. Damit werde das Elternrecht des Vaters in unverhältnismäßiger Weise hinter das der Mutter zurückgesetzt, ohne dass dies durch das Kindeswohl geboten sei.

Bezirkstour:

„Keiner darf draußen bleiben“

Klaus Wowereit in Friedrichshain-Kreuzberg

Er ist gekommen, um zuzuhören. Und so sitzt Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit - grauer Anzug, gestreiftes Hemd ohne Krawatte, dafür die obersten zwei Knöpfe geöffnet - an diesem sonnigen Augustmorgen im Gemeinderaum der Kreuzberger Christuskirche vor etwa 40 Anwohnern, die ihm ihr Leid klagen.

„Unser Kiez ist in den letzten Jahren lebenswerter geworden“, sagt Berti Wahl, Mitglied des Anwohnervers e.V. „Und was ist die Folge: Die Mieten gehen hoch und die Leute müssen wegziehen.“ Eine Rentnerin, nach eigenem Bekunden seit mehreren Jahrzehnten im Graefekiez ansässig, fühlt sich mittlerweile nur noch als „Störfaktor“ für Investoren. Ein Dritter vermisst die früher typische „Kreuzberger Mischung“ bei den Anwohnern.

Es ist kein einfacher Beginn von Klaus Wowereits eintägiger Tour durch Friedrichshain-Kreuzberg. Den Anwohnern im Gemeindesaal kann Wowereit nicht sehr viel Hoffnung auf eine schnelle Verbesserung ihrer Lage machen. „Das Land hat wenige Möglichkeiten, Mieterhöhungen zu verhindern“, gesteht er. In diesem Bereich sei der Bund zuständig. „Wenn die Stadt prosperiert, steigen die Mieten“, erklärt der Regierende Bürgermeister. Allerdings funktioniere das nur, wenn auch die Löhne wachsen würden. „Keiner darf draußen bleiben“, laute das Credo.

Dann muss Klaus Wowereit weiter. Pastor Gabriel Straka wünscht dem Stadtoberhaupt noch einen „erlebnisreichen Tag in Kreuzberg“. Ein paar Meter von der Kirche entfernt, bringt ihm ein Straßenmusiker ein spontanes Ständchen. Wowereit setzt sich auf die Bank neben ihm und



Klaus Wowereit mit Straßenmusiker. Foto: Döring

lauscht. „Es war nett, Sie kennenzulernen“, sagt der Musiker zum Abschied.

Einen Espresso und einige Gespräche später steht Klaus Wowereit auf der Admiralbrücke. Sie führt über den Landwehrkanal und ist in den letzten Jahren zum einem Magnet für junge Touristen aus dem In- und Ausland geworden. Allabendlich sitzen sie während der Sommermonate hier, machen Musik und unterhalten sich - sehr zum Ärger der Anwohner, die sich vom Lärm belästigt fühlen. Erst am Abend zuvor musste die Brücke von der Polizei geräumt werden.

„Die Leute kommen hierher, um sich zu amüsieren und nicht aus Bosheit“, zeigt Wowereit Verständnis für die Feierfreunde. Auf die Frage einer Journalistin, ob er selbst als Mitte Zwanzigjähriger auch auf der Brücke feiern würde, mag der Regierende Bürgermeister dann aber doch nicht antworten. Stattdessen lässt er sich von der Polizei und einigen Anwohnerinnen über den aktuellen Stand des laufenden Mediationsverfahrens informieren. Im Herbst ist mit Ergebnissen zu rechnen. „Wir hoffen, gemeinsam mit den Anwohnern eine Lösung zu finden“, betont Bezirksstadtrat Peter Beckers. Daran ist auch Klaus Wowereit interessiert. **Kai Döring** □

Wechsel beim „Vorwärts“

Uwe Knüpfer, von 2000-2005 Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in Essen, wird neuer Chefredakteur des Vorwärts. Uwe Knüpfer tritt zum 1. Oktober die Nachfolge von Uwe-Karsten Heye an, der das Blatt seit Januar 2006 leitete.

Knüpfer war von 1992-2000 USA-Korrespondent mit Sitz in Washington, D.C., von 1990-1992 politischer Korrespondent in Bonn und davor vier Jahre Sprecher der Wissenschaftsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen. Zuletzt war Knüpfer geschäftsführender Gesellschafter der Kommunikations- und Beratungsfirma „onruhr“ in Düsseldorf.

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles nannte Uwe Knüpfers Berufung „ein Bekenntnis der Parteiführung zur zentralen Rolle des ‚vorwärts‘ für die Partei bei der Belebung der Debattenkultur innerhalb und außerhalb der SPD“. Die Generalsekretärin weiter: „Die Sozialdemokratie will ihre Fenster und Türen weit aufstoßen und das Gespräch suchen. Der ‚vorwärts‘ leistet dazu einen entscheidenden Beitrag.“

Uwe-Karsten Heye, der in den 70er Jahren als Redenschreiber für Willy Brandt arbeitete und von 1990 bis 2002 Regierungssprecher Gerhard Schröders in Niedersachsen und dann im Bund war, wird auf dem Sommerfest des Vorwärts verabschiedet. □

POLITIK PERSÖNLICH

Stefan Grönebaum (48), seit 1998 Chefredakteur der größten deutschen Kommunalzeitschrift „DEMO“, dem Fachorgan der SPD-Kommunalpolitiker/innen (Bundes-SGK), und stellv. Vorsitzender der Abteilung Friedenau im Kreis Tempelhof-Schöneberg, ist ab 1. September Sprecher für das neu gebildete Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes NRW in Düsseldorf. Minister ist Harry K. Voigtsberger (SPD), bis Mitte Juli Direktor des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) in Köln.

Nachfolger als (vorerst kommissarischer) Chefredakteur der DEMO ist **Frederick Verzycken**, vorwärts-Redakteur und Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf.“

Bruno Osuch, Berliner Landesvorsitzender des Humanistischen Verbandes Deutschland, ist nach seiner erfolgreichen Klage gegen die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) nun auch von einer unabhängigen Untersuchungskommission rehabilitiert worden. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung über das Volksbegehren Pro Reli in Berlin im Sommer 2009 war Osuch öffentlich bezichtigt worden, als Mitglied einer DKP-Militärorganisation mit der DDR-Staatssicherheit zusammengearbeitet zu haben. Eine unabhängige Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Dr. Barbara John, der Vorsitzenden des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, bestätigte jetzt, dass die Vorwürfe gegen Osuch haltlos sind: „Herr Dr. Osuch ist in allen Urteilen von dem Verdacht, in der Gruppe Ralf Forster aktiv mitgearbeitet zu haben, entlastet worden. Der Kommission liegen keine weiteren Unterlagen vor, die geeignet wären, die Aussagen von Herrn Dr. Osuch, zu keiner Zeit einer militärischen Organisation des Staatssicherheitsdienstes der DDR oder der DKP angehört zu haben, in Zweifel zu ziehen.“

BS □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

„Daseinsvorsorge stärken“

Michael Müller legt Strategiepapier vor

Fortsetzung von Seite 1

In seinem Strategiepapier zeigt der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller für die einzelnen Unternehmen unterschiedliche Wege auf, den Einfluss des Landes zu stärken, die Versorgung zu sichern und die Preise für die Kundinnen und Kunden bezahlbar zu halten. So soll bei den teilprivatisierten Berliner Wasserbetrieben geprüft werden, ob die Anteile von Veolia und RWE wieder übernommen werden können - allerdings nicht um jeden Preis. Zwar würden bei vollständiger Übernahme der Wasserbetriebe zusätzliche Gewinne für das Land - und damit für eine Refinanzierung des Kaufpreises - abfallen. Das dürfte aber nicht das Ziel gefährden, die Wasserpreise zu stabilisieren und notwendige Investitionen zu tätigen. Alternativ zur Finanzierung über Kredite wären die Optionen der Finanzierung über eine zweckgebundene Anleihe des Landes, z.B. im Rahmen einer "Berliner Volksaktie" oder die Prüfung eines Erwerbs über die Investitionsbank Berlin zu erwägen, heißt es im Papier. Sollten die Anteile von RWE und Veolia weiterhin nicht zum Verkauf stehen oder sich der Weg der Rekommunalisierung als nicht zielführend erweisen, sollten alternativ Verhandlungen über eine

Korrektur der Wasserverträge geführt werden.

Auch bei der durch die Privatisierungspläne der Bahn in Schieflage geratenen Berliner S-Bahn ist eine Übernahme durch das Land denkbar. Eine weitere Möglichkeit sei die Direktvergabe des Betriebs eines Teils des S-Bahn-Netzes an eine Tochtergesellschaft der BVG, mit der Möglichkeit, abhängig von der Verfügbarkeit weiterer Fahrzeuge den Anteil am Netz schrittweise zu erhöhen, so Michael Müller.

Die Übernahme der Strom- und Fernwärmenetze durch das Land Berlin wird nach Auslaufen des Konzessionsvertrages für sinnvoll erachtet, um den Schlüssel für eine intelligente, dezentralere, ökologische Gestaltung der Netze und ihrer Zugänge in der Hand zu halten. Geprüft werden müsse, ob eine Finanzierung des Kaufpreises für die Netze mittelfristig über die Nutzungsentgelte erfolgen kann. Öffentliche Einflussnahme sollte auch wieder auf die Erzeugung von Strom und Wärme gewonnen werden. Berlin könnte zeigen, wie sich eine europäische Metropole Stück für Stück von Atomkraft, Kohle und Öl unabhängig macht. Eine Rekommunalisierung der GASAG wird dagegen für weniger sinnvoll gehalten. **uh □**

„Stadtwerke sind finanzierbar“

Pankower SPD begrüßt Debatte um Rekommunalisierung

Der Pankower SPD-Kreisvorsitzende, Alexander Götz, macht sich für Stadtwerke in Berlin stark. Schlüsselbereiche seien Strom und Gas mit den Energienetzen. Götz setzt dabei auch auf eigene und dezentrale Versorgungsstrukturen. Die SPD Pankow hatte dazu schon im Frühsommer umfangreiche Anträge vorgelegt.

„Ich begrüße die bekannt gewordenen Vorstellungen der SPD-Arbeitsgruppe zum Thema Rekommunalisierung“, erklärte Alexander Götz, Vorsitzender der SPD in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee. Sein Kreis hatte bereits im Mai u. a. den Rückkauf der Energienetze vorgeschlagen.

„Es ist an der Zeit, mit einem Gesamtkonzept die Bereiche Energie, Wasser und Verkehr neu zu ordnen. Berlin muss hier Einfluss zurückgewinnen, um Qualität, soziale Tarife und ökologische Ausrichtung zu gewährleisten“, sagt Götz. „Der Rückkauf der Netze für Gas und Strom bildet dafür die Basis.“ Hier laufen die Konzessionsverträge mit der Privatwirtschaft 2013 (Gas) bzw. 2014 (Strom) aus.

„Eine erfolgreiche Rekommunalisierung

strategie muss aber auch den Versorgungsbereich und die Kooperation mit privaten Eigenerzeugern einschließen“, so Götz weiter. Hierfür seien verschiedene Szenarien denkbar. Es gehe schließlich nicht um simple Verstaatlichung, sondern um gute Versorgung.

Die Netzübernahme wie auch die Gründung von Stadtwerken oder die Beteiligung an einem Verbund hält Götz für finanzierbar. So lägen bereits die garantierten Netzvergütungen deutlich über dem Zinssatz von Kommunalkrediten. „Diese Diskussion müssen wir jetzt zügig führen und damit Weichen stellen“, verlangt der Pankower Kreischef. Götz sieht in der Rekommunalisierung auch ein Stück Wirtschaftspolitik. So setzt er auf die Zusammenarbeit mit innovativen Mittelständlern und Genossenschaften. Dies würden private Monopolisten vernachlässigen. So könnten intelligente Lösungen umgesetzt werden, die vor Ort Arbeitsplätze schaffen, ökologischen und sozialen Kriterien entsprechen und nicht an veralteten Technologien wie der Atomenergie festhalten. **PM □**

Sven Kohlmeier:

„Wohnungen zurückkaufen“

Der Hellersdorfer SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier schlägt eine Rekommunalisierung des Wohnungsbestandes der Hellersdorfer Promenade vor. Damit reagierte Kohlmeier auf die Insolvenz des jetzigen Eigentümers „L. O. Holding“ und die seit Jahren fehlende Investition in den Wohnungsbestand in der Nähe der Hellen Mitte.

Nach der Veröffentlichung des Wohnungsbestandes in den goer Jahren an einen privaten Investor hat immer wieder der Eigentümer gewechselt. Der jetzige Eigentümer „L. O. Holding“ hat Insolvenz angemeldet.

Eine parlamentarische Anfrage (16/4388) von Sven Kohlmeier bestätigt nun seinen bisherigen Eindruck. „Die fehlenden Investitionen können negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Sozialstruktur haben. Die Hellersdorfer Promenade ist ein Wohnstandort, an dem ich mir eine Rekommunalisierung von Wohnungen gut vorstellen kann. In Zusammenarbeit mit dem Bezirk, Wohnungsunternehmen und dem Land Berlin halte ich eine Rekommunalisierung oder Überführung in eine städtische Wohnungsgesellschaft für den besten Weg, um endlich eine Qualitätssteigerung des Wohnungsbestandes und Quartiers zu erreichen. Erfolgreiche Sanierungen haben Marzahn-Hellersdorfer Wohnungsunternehmen bereits mehrfach unter Beweis gestellt, warum nicht auch an der Hellersdorfer Promenade“, wirbt der Abgeordnete für seinen Vorschlag.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung schließt eine Rekommunalisierung nicht aus. Jedoch bestehen wohl derzeit auch keine Ankaufsüberlegungen von Wohnungsunternehmen, so der SPD-Abgeordnete.

Der SPD-Kreisvorsitzende von Marzahn-Hellersdorf und stellvertretende Bürgermeister Stefan Komoß begrüßte den Vorschlag seines Parteikollegen. „Ich finde die Idee gut. Eine Rekommunalisierung würde den Mietern Sicherheit geben und dringend notwendige Investitionen ermöglichen. Auch der Bezirk würde seinen Anteil zum Erhalt der Sozialstruktur leisten müssen.“ **PM □**



Sven Kohlmeier ist Abgeordneter in Marzahn-Hellersdorf.

SPD im Kiez:

„Leben muss in die Markthalle“

Ergebnisse einer Befragung der SPD Friedrichshain-Kreuzberg

Die Eisenbahnmarkthalle - für die Menschen zwischen dem Lausitzer Platz und der Köpenicker Straße ist sie nicht „nur“ eine Einkaufsadresse, sie ist vielmehr so etwas wie das wirtschaftliche Herz des Kiezes. Ein Herz, das schon seit Jahren unter Leistungsschwäche leidet, Symbol für die wirtschaftlichen Nöte vieler Menschen entlang der Wrangel- und Eisenbahnstraße, der Muskauer und der Pücklerstraße. Darf man solch ein altes „Herz“ einfach sterben lassen oder durch die Transplantation eines großen Verbrauchermarktes ersetzen? Die Anwohner rund um die Eisenbahnmarkthalle haben darauf eine klare Antwort: Nein!

Das jedenfalls ist das - stark verkürzte - Ergebnis einer breit angelegten Anwohnerbefragung der SPD Friedrichshain-Kreuzberg. Rund 2800 Fragebogen hatte ihr Arbeitskreis „Wirtschaft, Arbeit und Europa“ gemeinsam mit der „Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD“ (AGS) im Mai bei Händlern und Anwohnern verteilt.

Das Echo war gut: Fast 250 Fragebogen kamen beantwortet zurück. Und jeder ein-



Diskussion mit Jan Stöß in der Markthalle.

Foto: Bernd Gosch

zelne macht deutlich: Den Menschen ist „ihre“ Markthalle wichtig!

Das zeigte sich auch bei der öffentlichen Präsentation der Befragungsergebnisse im Juli in der Eisenbahn-Markthalle. Dr. Peter Beckers, stellvertretender Bezirksbürgermeister und Wirtschaftsstadtrat und Dr. Jan Stöß, Finanzstadtrat und Kreisvorsitzender der SPD in Friedrichshain-Kreuzberg sowie rund 100 AnwohnerInnen und Gewerbetreibende führten an diesem Abend eine engagierte und außerordent-

lich konstruktive Diskussion zu der Frage: Wie soll es weiter gehen? Mit dabei auch Christoph Albrecht, engagierter Sprecher der Anwohnerinitiative.

Zunächst vermittelte Dr. Beckers Informationen zum Stand des laufenden Bieterverfahrens. Im Gegensatz zu dem ersten Verfahren, bei dem ausschließlich der erzielbare Verkaufspreis im Fokus der Eigentümer stand, soll das neue Verfahren vor allem aufgrund der eingereichten Nutzungskonzepte entschieden werden.

Bis es soweit ist, soll die Eisenbahnmarkthalle weiter genutzt werden. Dr. Jan Stöß, der im Bezirksamt auch das Ressort Kultur, Bildung und Sport verantwortet, machte sich stark für eine Zwischennutzung, die vor allem den Wünschen der Anwohner gerecht wird.

Dr. Karin Pieper (Sprecherin des AK Wirtschaft, Arbeit und Europa) und Sibylle Schmidt (Vorsitzende der AGS) stellten anschließend die zentralen Ergebnisse der Anwohnerbefragung vor:

○ Fast acht von zehn Befragten (78 %) ist ein kleinteilig-gemischtes Angebot von Handel und Kultur wichtig - eine klare Absage an einen großen Discount-Markt, der Kaufkraft aus der Umgebung absaugt und noch mehr Autoverkehr in den Kiez pumpt.

○ „Mehr ökologische Angebote“: Ökologische Produkte aus der Region stehen hier besonders hoch im Kurs. Auffallend viele Anwohner wünschen sich eine Fleischerei und einen Fischhändler zurück.

○ Die Antwort zu den Filialisten unterstreicht gleichzeitig den Wunsch nach günstigen Einkaufsmöglichkeiten: Viele wollen sie zwar nicht in der Eisenbahnmarkthalle, fast die Hälfte der Befragten (46%) würde sie aber in der unmittelbaren Umgebung aufsuchen.

○ „Autos bitte raus aus dem Kiez“: 86 von 100 Befragten wollen keine Tiefgarage im Kiez. Die Eisenbahnmarkthalle, das ist für sie ein Zentrum für die (fußläufige) Nahversorgung. Entsprechend bieten sich für die Gestaltung des öffentlichen Raums Fahrradständer bzw. als Dienstleistungsangebot ein Bringservice an.

○ „Leben muss in die Markthalle“: Schwerpunkte für die Zwischennutzung: Wochenmarkt und kulturelle Nutzungen wie Ausstellungen, Konzerte, Lesungen sowie kinderfreundliche Angebote wie Vorlesestunde und Indoor-Spielplatz.

○ „Public Viewing“-Angebote, z.B. zum sonntäglichen „Tatort“, würde den gewünschten Charakter der Markthalle als allgemeinen, generationsübergreifenden Stadteiltreff für Alle unterstreichen. **PM** □

Wahlrecht erweitern

Verein „Jede Stimme“ will Interesse an Beteiligung wecken

„Jede Stimme“ - so nennt sich ein neugegründeter überparteilicher Verein, der Migrantinnen und Migranten eine Stimme geben will - zunächst bei einer symbolischen Wahl. Vorbild ist die erfolgreiche U18-Wahl, bei der unter 18jährige im Vorfeld der Wahl ihre Stimme abgeben. Dazu sollen zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen im kommenden Jahr berlinweit Wahlurnen aufgestellt werden und Ausländerinnen und Ausländer zur Stimmabgabe aufgefordert werden

Im Juli hat sich der Verein „Jede Stimme“ gegründet, um die politische Teilhabe von Migranten zu fördern - eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration, wie die Initiatoren feststellen. Vorsitzender des Vereins ist der Treptow-Köpenicker Abgeordnete Robert Schaddach, der Leiter der Wahlkommission in Ost-Berlin bei der ersten freien Wahl der DDR im März 1990 war. Seine Stellvertreter sind der Spandauer Abgeordnete und SPD-Vorsitzende Raed Saleh, Dr. Jan Stöß, Stadtrat und Kreisvorsitzender in Friedrichshain-Kreuzberg, sowie Serge Embacher. Gemeinsam wollen sie Migranten - über Parteigrenzen hinweg - noch stärker für politische Prozesse inter-

essieren. „Es reicht uns nicht, dass EU-Bürger über die Zusammensetzung der Bezirksparlamente abstimmen dürfen“, so Raed Saleh.

Mehr als 480 000 Ausländer leben in Berlin. Durchschnittlich halten sich Ausländer aus Nicht-EU-Ländern fast 17 Jahre hier auf. Die meisten arbeiten hier, zahlen Steuern und sind wie alle von politischen Entscheidungen betroffen. Wählen dürfen Migranten ohne deutschen Pass aber nicht. Mit der symbolischen Wahl im kommenden Jahr soll die Diskussion über das (Kommunal- bzw. Landes-)wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass wieder in Gang gebracht werden.

Ziel sei es, so die Initiatoren, auf der einen Seite bei Migranten noch mehr Interesse für Politik, die einzelnen Parteien und die Wahlen zu wecken. Auf der anderen Seite sollen auch die Menschen ohne Migrationshintergrund mehr über die politischen Interessen und Anliegen ihrer Mitmenschen ohne deutschen Pass erfahren. Politiker werden ihre Positionen auch gegenüber Migranten erklären müssen, so die Vereinsgründer. **BS** □

➔ Mehr Informationen im Internet unter www.jede-stimme.eu

Rechtsextremismus:

Informationen gegen „Pro-Paganda“

SPD lud zur Aufklärungsveranstaltung ins Rathaus Schöneberg

Die rechtspopulistische „Pro“-Bewegung ist ausländerfeindlich, sie agiert gegen sexuelle Minderheiten, sie tritt islamdiffamierend, demagogisch und frauenfeindlich auf. Das wurde auf einer Veranstaltung der SPD im Rathaus Schöneberg betont. „Pro“ bediene Stammtischparolen, so die Teilnehmer. Deshalb sei es wichtig, mit Aufklärung gegenzuhalten.

Der Regierende Bürgermeister Wowereit bezeichnete es in seinem Grußwort als „richtig und konsequent“, dass sich die SPD „heute und an diesem Ort“ mit dem Thema „Pro Berlin“ befasst. Die Bewegung hatte am 17. Juli ihren Bundesparteitag im Rathaus Schöneberg abgehalten, der öffentliche Proteste ausgelöst hatte.

Die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Iris Spranger bezeichnete die Veranstaltung als Beginn einer Kampagne der Berliner Sozialdemokratie für ein tolerantes Berlin, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Unter ihrer Leitung informierten der Journalist Ronald Lässig, der Stadtrat



Protest gegen „Pro“-Parteitag im Schöneberger Rathaus. Foto: Jänen

von Tempelhof-Schöneberg Oliver Schworck, der stellv. SPD-Kreisvorsitzende von Steglitz-Zehlendorf Ruppert Stüwe, MdB Mechthild Rawert, der Mitbegründer von „Stark ohne Gewalt“ Raed Saleh, MdB Tom Schreiber und der stellvertretende AFA

Landesvorsitzende Rolf Wiegand. Neben der SPD wurde die Veranstaltung auch von der Gewerkschaft Ver.di unterstützt. Landesleiterin Susanne Stumpfenhusen erklärte, dass sie die Debatte in die Gewerkschaften hineinragen werde. **Jürgen Jänen** □

„Rassismus hat in Berlin keinen Platz“

Klaus Wowereit: Weichgespülte Rechtsextreme dürfen nicht Fuß fassen

Etliche hundert Berlinerinnen und Berliner kamen am 17. Juli zum Rathaus Schöneberg, um gegen den zeitgleich im Rathaus stattfindenden Parteitag der rechtsextremen Bewegung „Pro Deutschland“ zu demonstrieren. Zu den Protesten hatte ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen aufgerufen. Bereits am Vortag rief auch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit zur Unterstützung auf. „Fremdenhass, Rassismus und Sozialdarwinismus haben in Berlin keinen Platz. Auch Organisationen scheinbar weichgespülter Rechtsextremer wie „Pro Deutschland“ dürfen bei uns auf keinen Fall Fuß fassen“, erklärte Wowereit.

Gemeinsam mit rassistischen Parteien wie Vlaams Belang, Lega Nord oder FPÖ hetzt „Pro Deutschland“ gegen Migrantinnen und Migranten in Berlin und fantasiert den Untergang des „christlich-jüdischen Abendlandes“ herbei. Unterstützt wird die selbsternannte Bürgerbewegung dabei auch von dem von der DVU zu „Pro Deutschland“ gewechselten Multimillionär Patrik Brinkmann, der jüngst im Wahlkampf in NRW mit dem Slogan „Abendland in Christenhand“ eine heftige Niederlage hinnehmen musste.

Eine zunächst für den 05. Juni im Rathaus Schöneberg angemeldete Veranstaltung von „Pro Deutschland“ wurde vom Bezirksamt nicht genehmigt und konnte somit verhindert werden. Eine weitere Beschwerde des Bezirksamts gegen den Parteitag am 17.07. wurde hingegen vom Obergericht Berlin-Brandenburg zurückgewiesen. Die Stadträtin und stellvertretende Vorsitzende der SPD Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler, bekräftigte indes, dass „Pro Deutschland“ im Rathaus nicht willkommen ist. „Hier wird versucht, einen Keil in das friedliche und respektvolle Zusammenleben der Menschen in unserem Bezirk zu treiben und verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen. Das Bezirksamt hat deshalb vielfach klar gestellt, dass in Tempelhof-Schöneberg kein Platz für Rassismus und Diskriminierung ist“, erklärt Schöttler. So wurden die Delegierten von „Pro Deutschland“ am 17.07. dann auch von einem lautstarken und vielfältigen Protest angemessen begrüßt.

Aufgrund dieses Protests vor dem Rathaus konnte der Parteitag dann erst mit mehrstündiger Verspätung beginnen. Insgesamt waren nur etwa 50 Rassistinnen und Rassisten der Einladung ins Rathaus gefolgt - weit weniger als die vorher an-

gekündigten 350 Gäste. Diese wurden von den rund um das Rathaus angemeldeten Protestkundgebungen zeitweise gestoppt. „Wir danken den zahlreichen Berlinerinnen und Berlinern, die mit ihrem großen und zu jeder Zeit friedlichen Einsatz ein deutliches Zeichen gegen Rassismus gesetzt haben“, fasst Lars Rauchfuß, Mitorganisator im Bündnis und Vorsitzender der SPD Mariendorf die Proteste zusammen. „Pro Deutschland wird nun klar sein, dass rassistische Parolen in unserer Stadt nicht unwidersprochen bleiben. Das ist ein gutes Signal aus Tempelhof-Schöneberg!“, so Rauchfuß weiter.

Am Abend, als der Parteitag schon lange vorbei war, kehrte schließlich wieder Ruhe vor dem Rathaus ein. Rund um die Bühne, auf der den ganzen Tag zahlreiche Musikgruppen gespielt und den Protest unterstützt hatten, ließen noch ca. 100 Menschen einen anstrengenden, aber erfolgreichen Tag ausklingen.

Das überparteiliche Bündnis, das die Proteste gegen Pro Deutschland organisierte, wird die begonnene, erfolgreiche Arbeit nun fortsetzen. Der Dank der SPD Tempelhof-Schöneberg gilt allen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern für die solidarische Zusammenarbeit.

Lars Rauchfuß □

Stadtentwicklung:

Metropolen lernen voneinander

Berliner Delegation in Istanbul - Radikaler Stadtumbau sorgt für Konflikte

Über die Chancen einer aktiven Stadtentwicklungspolitik haben jetzt Vertreterinnen und Vertreter der Städte Istanbul und Berlin gemeinsam diskutiert.

„Eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik muss für die Menschen da sein. Das ist eine große Herausforderung für alle Metropolen der Welt. Deshalb ist auch der regelmäßige Erfahrungsaustausch mit unseren Partnerstädten enorm wichtig“, fasste Staatssekretärin Hella Dunger-Löper die Bedeutung des Workshop zum Thema „Partizipation in der Stadtentwicklung“ im Rahmen der Städtepartnerschaft Berlin-Istanbul zusammen, der vom 2. bis 4. Juli in der türkischen Metropole stattfand.

Der Workshop war ein Ergebnis der Konferenz „Zivilgesellschaft(en) in Berlin und Istanbul“ im Oktober 2009 in Berlin, die das Forum Berlin Istanbul und das August Bebel Institut mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen aus beiden Städten durchgeführt hatten.

Anlass des Workshops war der Stadtumbau im größten Stadtbezirk auf der asiatischen Seite Istanbul Maltepe (500.000 Einwohnern). Dieser Stadtumbau ist von starken Konflikten zwischen Bewohner/innen und der Bezirksverwaltung begleitet. Die Nachverdichtung des kleinteilig bebauten Stadtbezirks basiert auf der Grundlage einer landesgesetzlichen Regelung zur Beseitigung der Erdbebenschäden von 1999. Damals wurden in der Türkei Rechtsregelungen zur Enteignung von Grundstückseigentümern zwecks Neugestaltung einge-



Stadterkundung in Istanbul mit Hella Dunger-Löper (r.) und Ingo Siebert (m.). Foto: Jochen Hucke

führt. Die Anwendung dieses Rechts ist nun auch auf nicht von Erdbeben geschädigte Gebiete ausgeweitet und wird auch in Maltepe angewandt. Enteignung und Entschädigung führen zu starken Konflikten, weil es Formen von Mitsprache der Bewohner/innen bisher nicht gegeben hat.

PARTIZIPATION IST EIN LANGER PROZESS

Staatssekretärin Hella Dunger-Löper und Dr. Jochen Hucke von Senatsverwaltung für Stadtentwicklung stellten auf Einladung vom Bürgermeister des Stadtbezirks Maltepe Prof. Dr. Mustafa Zengin die verschiedenen Möglichkeiten der Partizipation in Berlin vor. Die Delegation aus Berlin wurde begleitet von Theo Killewald, Geschäftsführer STATTBAU - Stadtentwicklungsgesellschaft, Cagla Ilk und Cornelia Reineauer Forum Berlin Istanbul, Katja Nigger Katja Niggemeier, Quartiersmana-

gement des Soldiner Kiez und Ingo Siebert, Geschäftsführer des August-Bebel-Instituts. Prof. Dr. Zengin empfing die Berliner Delegation im Rathaus von Maltepe. Hier erläuterte er die auf Bildung, Qualifizierung (Universitätsstandort) und innovative Wirtschaftsentwicklung ausgerichtete Entwicklungsstrategie des Bezirks, betonte die Wichtigkeit internationaler Kontakte und sprach sein Bedauern über die Zurückhaltung der EU hinsichtlich des EU-Beitritts der Türkei aus.

KAHLSCHLAG-GENTRIFIZIERUNG IN ISTANBUL

Bei Stadtrundgängen durch Fener-Balat und Tarlabasi informierte sich die Berliner Delegation über den riesigen Stadtumbau auf der europäischen Seite Istanbul, der sehr viele Bewohner/innen aus ihren angestammten Häusern vertreiben wird. Besonders in Tarlabasi zeigten sich die Teilnehmer/innen bestürzt über eine Gentrifizierung, die nicht mit Entwicklungen in Berlin verglichen werden kann. Eine radikale neoliberale Stadtentwicklung, einhergehend mit dem Abriss ganzer Stadtteile und Verdrängung von ärmeren Bevölkerungsgruppen, bewirkt, dass sich die auf Stadtentwicklung bezogenen Kämpfe wesentlich radikalisiert darstellen als in Berlin. Der Anwalt Erbay Yücak betonte in einem Gespräch die zentrale Bedeutung von internationaler Solidarität für die vielen betroffenen Bewohner/innen in den Stadtteilen.

GENOSSENSCHAFTEN ALS ALTERNATIVE?

Die Berliner Delegation diskutierte auch mit Vertreter/innen aus Istanbul auf dem Europäischen Sozialforum. Theo Killewald, Geschäftsführer STATTBAU - Stadtentwicklungsgesellschaft, Thomas Knorr-Siedow, Vorstand Forum Berlin Istanbul, Tayfun Kahraman, Leiter der Stadtplanungskammer Istanbul und Erbay Yücak loteten Chancen von Genossenschaften für eine Partizipation in der Stadtentwicklung in den beiden Partnerstädten aus.

Die Berliner Delegation ist sich einig, dass es trotz der schwergewichtigen Restriktionen sinnvoll ist, im Rahmen der Städtepartnerschaft Berlin - Istanbul die Bemühungen zur Verstärkung partizipativer Prozesse im Bereich integrierter Stadtentwicklungen fortzuführen und Projekte zum Austausch 2011 zu initiieren. Wir werden hier weiter zu diesen Bemühungen berichten.

Ingo Siebert □

BarCamp Frauen 2010

Frauenquoten, Frauen als Teilzeitkräfte, Alleinerziehende Mütter, Frauen zwischen Beruf und Familie, das sind wiederkehrende und kontrovers diskutierte Themen in Deutschland. Diese Themen treiben junge Frauen und Männer um. Sie wollen darauf eine Antwort. Was fehlt, sind konkrete Ideen für moderne Lebensentwürfe unserer Zeit. Mit einer neuen Veranstaltungsform will eine Gruppe junger Frauen und Männer jetzt für die notwendige Debatte sorgen: Am 30. Oktober soll in der Kalkscheune ein „BarCamp Frauen“ stattfinden.

Das BarCamp Frauen des Jahres 2010 versteht sich als Ideen- und Debattenplattform, auf der neue Diskussionen angestoßen und laufende Diskussionsprozesse

zusammengeführt werden. Das BarCamp ist eine offene Veranstaltung: Statt eines festgelegten Tagesablaufes wird ein zeitlich wie räumlich vorgegebener Raum zum Dialog festgelegt, den die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eigeninitiativ füllen. Es werden Vorträge, Workshops, Podiumsdiskussionen und offene Diskussionsrunden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst angeboten. Kooperationspartner sind bisher „Freitag“, „Vorwärts“, DGB-Jugend, SPD und „mädchenmannschaft“. Zur Finanzierung werden weitere Sponsoren gesucht.

BS □

➔ Wer die Initiative unterstützen will oder mehr Informationen haben will, kann sich an Julia Maas wenden: julia.maas@spd.de, Tel.: 4692 135. Anmeldungen: <http://barcampfrauen.mixxt.de/>

Kultur:

Dahlemer Museen im Dornröschenschlaf?

Verzögerungen beim Humboldtforum dürfen nicht zu Lasten der Sammlungen gehen

Mitten in Berlin wird etwas gebaut, das Humboldtforum heißen soll. Es soll so hoch, so lang, so breit werden wie es das Hohenzollernschloß war. Dieses wurde zu Ulbrichts Zeiten gesprengt. Der Palast der Republik wurde zu Honeckers Zeiten eröffnet und inzwischen abgetragen. Mangels König und Kaiser wurde nach einer zeitgemäßen Nutzung für den großen Neubau gesucht. Das Konzept des Humboldtforums sieht diese unter anderem in den außereuropäischen Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Diese sind bislang in Dahlem untergebracht. Über die millionenschweren Um- und Neubauten auf der Museumsinsel wird in der veröffentlichten Meinung immer wieder berichtet. Auch die Museen im Tiergarten oder in Charlottenburg schaffen es ab und an in die Medien. Dahlem nicht. Jahrzehnte nach dem Bau steht Sanierung an. Wenn Museen bald geräumt werden, gibt es dafür kaum Geld. Es gilt daher zu verhindern, daß der Verfall in aller Stille statt findet. Geld für Investitionen scheint ebenso zu fehlen wie für größere Projekte.

Das Humboldtforum läßt derweil auf sich warten. Die einen vermuten, daß der erste Spatenstrich schon in drei oder vier Jahren erfolgt, andere sind pessimistischer. Wann Richtfest oder gar Einweihung stattfinden, ist vollends offen. Die Bausubstanz in Dahlem muß länger genutzt werden als zeitweilig gedacht. Hier muß demnach auch etwas Geld hin.

Die Finanzierung der Stiftung ist von eigener Art. In den fünfziger Jahren stritten sich zunächst Bund und Länder bis vors Bundesverfassungsgericht, bis dann Bund, Berlin und drei weitere Länder mit ehemals preußischen Territorien sich auf eine gemeinsame Finanzierung einigten. Die anderen Länder und nach Mauerfall auch die neuen Länder kamen später hinzu.

Interessant ist, wie Baumaßnahmen finanziert wurden. Seit Mitte der siebziger Jahre waren die Neubau- und Ersteinrichtungskosten allein vom Bund und Berlin zu tragen. Diese Last, immerhin geht es um den Ausbau des Kulturforums im Tiergarten, war für Berlin (West) erheblich. Tragbar war sie nur, weil damals ohnehin die Bundeshilfe nach dem Dritten Überleitungsgesetz Berlins Haushaltslöcher stopfte. Endgültig absurd wurde die hälftige Finanzierung von Baumaßnahmen, als nach dem Mauerfall die sanierungsbedürftige, teilweise noch immer kriegszerstörte Museumsinsel als Milliardenbrocken hinzukam.

Es dauerte etwas, bis klar wurde, daß das



Aus der aktuellen Ausstellung „Vodou. Kunst und Kult aus Haiti“ im Ethnologischen Museum Dahlem: Keptèn Bizango (Bizango Hauptmann) und Jal Twa Letan (General „Drei Teiche“). © Sammlung Marianne Lehmann, FPVPOCH / Foto: Johnathan Watts, MEG

vereinte Berlin in seiner Haushaltsnotlage auch mit der Mitte der neunziger Jahre getroffenen, etwas verbesserten Finanzierungsvereinbarung überfordert war. Im Jahr 2000 zahlte Berlin teilweise seinen Anteil nicht, im Jahr 2001 wieder. Der Bund half.

Aus Mitteln des Hauptstadt-Kulturforums kamen Gelder. Ferner Mittel aus dem Münzgewinn der letzten 1-DM-(Gold)-Münze. Berlin wiederum stellte aus Lottomitteln Millionen für Ankäufe von Kunstwerken zur Verfügung. Strukturell wichtig war, daß der Bund in § 2 Absatz 6 des Anschlußvertrages zur Abgeltung hauptstadtbedingter Sonderbelastungen für 2001 bis 2004 Berlin für die nächsten Jahre entlastete. Seit 2003 finanziert der Bund die Bauinvestitionen der Stiftung allein. In § 1 Absatz 2 des Hauptstadtfinanzierungsvertrages ab 2008, den der sozialdemokratisch geführten Senat unter dem Regierenden Bürgermeister und Kultursenator Klaus Wowereit nach zähem Ringen mit dem Bund schloß, ist auf Dauer festgeschrieben, daß der Bund Berlin aus allen Verpflichtungen zur Mitfinanzierung von Bauinvestitionen der Stiftung entläßt und die Bauten auch künftig allein finanziert.

So weit, so gut. Nun geht es darum, vielleicht im Rahmen des Haushaltsvollzugs, vielleicht zusätzlich in kommenden Bundeshaushalten, sicherzustellen, daß die

Dahlemer Bestände nicht verrotten, während sich der Bau des Humboldtforums verzögert.

Von den vielen hundert Millionen, das das Humboldtforum kostet, können und müssen einige sicherstellen, daß die Sammlungen nicht Schaden nehmen. In den nahezu prophetischen Worten des damaligen Präsidenten der Stiftung: „Die Zukunft der Dahlemer Museen hängt unmittelbar vom Zeitrahmen ab, in dem die Schloßplatzbebauung realisiert werden wird. Sind die entsprechenden klaren Weichenstellungen dazu nicht abzusehen, so sind größere Investitionsmaßnahmen zur baulichen Sanierung und Strukturveränderung, insbesondere für das ethnologische Museum, unvermeidlich.“ So geschrieben von Klaus Lehmann vor mittlerweile fast zehn Jahren im Jahresbericht für 2001. Seitdem von Jahr zu Jahr wahrer geworden.

Richtig dringend wird es, wenn die gerade aufflammende Kritik an dem mit heißer Ahle zusammengeschusterten Konzept für das Humboldtforum verzögernd wirken oder gar erfolgreich sein sollte. Nicht jeden überzeugt das vorgeschlagene Konglomerat aus etwas Universität, etwas Bibliothek und reichlich Völkerkunde. Mancher sieht in der Beimischung von Landesuniversität und Landesbibliothek lediglich einen Platzhalter für den Baukostenanteil Berlins, der gerade damals wegbröckelte. Mancher würde zudem lieber an die Tradition der preußischen Kunstammer anknüpfen und das seit der Weimarer Republik und bis Kriegsbeginn im Stadtschloß untergebrachte Kunstgewerbemuseum dort sehen. Damit wäre nebenbei auch dessen Flucht aus dem museumsfeindlichen Bunker im Tiergarten gelungen.

Schön wäre auch, wenn durch geeignete Projekte die aus dem Blick geratenen Dahlemer Bestände nicht erst in zehn Jahren von einer verblüfften veröffentlichten Meinung wiederentdeckt werden müßten. Aus den Augen, aus dem Sinn kann es nicht sein. Mittel aus Hauptstadt-Kulturforums und Lottostiftung könnten hier Berlins Beitrag sein.

Um den Dornröschenschlaf der Dahlemer Museen abzukürzen, wird ein wackerer und kulturinteressierter Prinz, ggfs. auch Prinzessin gesucht. Abgeordnete oder Staatssekretäre sind auch zugelassen. Die Hecke wächst derweil.

Dr. Hans Willi Weitzen □

➡ mehr zur Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in: Dr. Hans Willi Weitzen: Berlin am goldenen Zügel, Berlin 2. Aufl. 2001, S. 56-81

Bildung:

Politik als Werkstatt

Herbstprogramm des August-Bebel-Instituts startet am 27. August

Mit der Idee, „Politik als Werkstatt“ zu begreifen macht das August Bebel Institut ernst und beschäftigt sich im Herbst mit dem Entwurf von Berlin als einer solidarischen Stadt, in der ihre Bewohner/innen lebenswert wohnen, lernen, arbeiten und gestalten können.

So greift das Programm mit stadtpolitischen und stadtgeschichtlichen Veranstaltungen viele Facetten einer solidarischen Stadt auf: Wohnungsgenossenschaften in der sozialen Stadt, demokratische Kontrolle von städtischen Räumen und Praxiserfahrungen mit der Berliner Schulreform, um nur drei Themen zu nennen.

Vor 20 Jahren... Mit Stadtführungen lädt das ABI zur historischen Spurensuche ein und schaut u.a. zwischen abgerissenem Pa-



Das „Dicke B“ ist Markenzeichen des neuen Programmheftes.

Foto: ABI

last der Republik und restauriertem Reichstag, wie sich 20 Jahre Wende aus Frauensicht darstellen. Die Hausbesetzerszene

1989/90, Auswirkungen der fortschreitenden Aufwertungen Ostberliner Kieze und neue Konzepte kollektiven Bauens, wie z.B. Baugruppen, sind weitere Themen einer Führung.

Koloniale Geschichte Berlins. Die koloniale Geschichte Berlins wird in den Monaten September und Oktober als Schwerpunkt begleitet. Die Ausstellung „freedom roads!“ wird zu Gast in der Galerie im Kurt Schumacher Haus sein, und greift aktuelle Diskussion um koloniale Straßennamen und postkoloniale Erinnerungskultur genau dort auf, wo sich koloniale Straßennamen im sogenannten Afrikanischen Viertel befinden und sich in den letzten Jahren ein vielfältiges afrikanisches Leben etabliert hat - im Berliner Wedding. In diesem Zeitraum werden auch die Dialogforen und Workshops „50 Jahre afrikanische Unabhängigkeiten“ mit afrikanischen Expert/innen fort, um einen Austausch über die afrikanische Perspektive auf Kolonialismus und Unabhängigkeitsbewegungen zu ermöglichen. **Ingo Siebert** □

➡ Das aktuelle Programmheft mit weiteren Veranstaltungen und Informationen zum Herunterladen (PDF) oder online lesen unter www.august-bebel-institut.de oder bestellen unter 030-4692121

Regenbogenbrücke eingerichtet

Mit einer „Regenbogenbrücke“ soll ganz im Zeichen einer Stärkung des gegenseitigen Austausches und der Solidarität gegen Homophobie und vorurteilsmotivierte Hassgewalt ein Band zwischen Tel Aviv, Berlin und Köln geschaffen werden. Auslöser des Projekts, so der Mit-Initiator und Abgeordnete Tom Schreiber, war ein Attentat auf ein Zentrum der Gay and Lesbian Association (Aguda) in der Stadtmitte Tel Avivs

im Herbst 2009. Jetzt haben die Initiatoren der Regenbogenbrücke elf Betroffene sowie sieben Vertreter von Anti-Gewalt-Projekten, der Tel Aviver Polizei und Stadträte von Tel Aviv, die sich gegen Homophobie und vorurteilsmotivierte Hassgewalt engagieren, zu einem Besuch nach Berlin und Köln eingeladen. Unterstützt wird die „Regenbogenbrücke“ u.a. von Klaus Woweriet und Ehrhart Körting. **BS** □

Veranstaltung:

Saitensprünge

Hellmut Stern in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus

Hellmut Stern, langjähriger Erster Geiger des Berliner Philharmonischen Orchesters, ist am 1. September 2010 zu Gast in der „Galerie im Kurt-Schumacher-Haus“. Auf Einladung des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie spricht er über zwei Ereignisse, die sein Leben geprägt haben und die er in seinem Buch „Saitensprünge – Erinnerungen eines leidenschaftlichen Kosmopoliten“ beschrieben hat: die Vertreibung aus Deutschland, das Leben in China und die Ausreise nach Israel sowie seine Zeit bei den Berliner Philharmonikern, die Kooperation und Konflikte mit Herbert v. Karajan.

Hellmut Stern war 10 Jahre alt, als er 1938 gemeinsam mit seinen Eltern vor den Nazis nach China flüchten musste. Elf Jahre dauert die Zeit des Exils – ein Schicksal, dass die Sterns mit tausenden Deutschen teilen, die in ihrer Heimat keine Chance zum Überleben hatten. In China gelangen

sie nach Harbin in der Mandschurei. Es ist eine Zeit bitterer Not; Hunger, Kälte und Krankheit sind alltäglich, Unterdrückung und Bürokratie der chinesischen, japanischen und sowjetischen Machthaber nur schwer zu ertragen. Ein Lebensretter ist Hellmuts Geige: Er lernt das Instrument zu beherrschen, spielt in kleinen Ensembles oder Orchestern, ein wichtiger Beitrag für das Überleben der Familie und Grundlage für seine Entwicklung zum professionellen Musiker.

Im Frühjahr 1949 gelingt endlich die Ausreise nach Israel, und es beginnt die musikalische Karriere von Hellmut Stern. Er spielt im Israel Philharmonic Orchestra, in USA im St. Louis Symphony Orchestra, im Juni 1961 kommt er zurück nach Berlin, spielt am 15. August 1961 zum ersten Mal bei den Berliner Philharmonikern. **PM** □

➡ Mittwoch, 1. September 2010, 19.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, 13353 Berlin-Wedding, Müllerstr. 163

Ausstellung:

„Freedom Roads“ im Wedding

Vom 27. August bis zum 3. Oktober ist in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus die Ausstellung „freedom roads“ zu sehen. 50 Jahre nach der Unabhängigkeit einer Vielzahl afrikanischer Länder erinnert die Ausstellung an Afrikas Weg von der Kolonisierung bis hin zur Befreiung.

„freedom roads!“ informiert über die „Kolonialbegründer“, die noch mit Straßennamen in Berlins „Afrikanischem Viertel“ geehrt werden, schlägt afrikanische Persönlichkeiten als neue Namensgeber vor, befragt Zeitzeugen und lädt ein, sich kreativ zu beteiligen. Ausstellung und Begleitprogramm sind eine Kooperation des August-Bebel-Instituts mit Berlin Postkolonial e.V. und HJMokinen. **PM** □

➡ Ausstellungseröffnung: Fr 27. August 2010, 19 Uhr, in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, U-Bhf. Wedding. Ausstellung: Mo-Fr, 14-18 Uhr, Führungen: Sa 28./So 29. August, 14 bis 20 Uhr.

Internet: www.freedom-roads.de

Landesverband:

Sommerfest der Einheit

Berliner SPD feiert am 8. September im Radialsystem

Die Berliner SPD hat guten Grund zum Feiern: Am 15. September 1990 schlossen sich der SPD-Landesverband (West) und der Bezirksverband (Ost) auf einem „Vereinigungsparteitag in den Messehallen am Funkturm zusammen - zwei Wochen vor der Bundes-SPD (siehe S. 17). Das Thema „Einheit“ bestimmt deshalb auch das Sommerfest der Berliner SPD, das am 8. September im Radialsystem V stattfindet.

„1989 stellte die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR den Machtanspruch der SED und damit letztlich die DDR infrage“, so der SPD-Vorsitzende Michael Müller. „Die SDP war Teil der demokratischen und pazifistischen Bürgerbewegung, deren gemeinsamer Kampf zum Fall der Mauer führte. Die Berliner SPD hat sich im wiedervereinigten Berlin in den letzten 20 Jahren zu der ‚Berlin-Partei‘ ent-



Einladungskarte der SPD mit Fotos von Paul Glaser vom September 1990. Montage: Meyer

wickelt, die über vergangene Ost-West-Grenzen hinweg für die ganze Stadt an einer guten Zukunft arbeitet.“ **PM** □

Das Fest beginnt um 19 Uhr (Einlass: 18.30 Uhr im Radialsystem, Holzmarktstraße 33, 10243 Berlin. Anmeldung: www.spd-berlin.de/sommerfest.

NOTIZEN AUS DER SPD

Newsletter der ASF Friedrichshain-Kreuzberg. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Friedrichshain-Kreuzberg bringt einen Newsletter heraus, der ein Forum für Diskussionen um gleichstellungspolitische Themen und die Darstellung der Arbeit sozialdemokratischer Frauen bieten soll. Er wird alle zwei Monate erscheinen. Für eine Aufnahme in den Verteiler genügt eine E-Mail an asf_xhain-subscribe@yahoo.com. Die aktuelle Ausgabe unter: http://www.spd-friedrichshain-kreuzberg.de/dateien/1760_Asf.pdf

Neuer Beirat des Forums Sport der SPD

berufen. Zu den 20 Mitgliedern des neuen Beirats auf Bundesebene gehören aus Berlin Klaus Böger, Präsident des Landessportbundes Berlin, und Kirstin Fusan, Präsidentin des Behinderten-Sportverbands Berlin.

Kinderfest im Orankebad. Die SPD Lichtenberg veranstaltet am Samstag, 22.08. ab 11.00 Uhr im Orankebad ihr jährliches Kinderfest. Neben dem zentralen Malwettbewerb „Mein Traumspielplatz“ gibt es Kinderschminken, eine Hüpfburg sowie eine Bastelstraße, selbstgemachten Kuchen und viele Überraschungen. **BS** □

SPD lädt zum Lietzenseefest

Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf und die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel laden am Samstag, d. 4. September 2010 zum jährlichen Lietzenseefest – dem großen SPD-Familienfest – ein.

Neben einer großen Hüpfburg und einem Spieleparcours für die Kleinen kommen natürlich auch die Großen auf ihre Kosten. Es gibt Essen und Trinken zu moderaten Preisen und an rund 30 Ständen präsentieren sich die SPD und Theater, Vereine und Organisationen aus dem Bezirk.

Prominente Politikerinnen und Politiker dürfen natürlich auch nicht fehlen. Mit dabei sind: Klaus Wowerit, Regierender Bürgermeister von Berlin, Monika Thiemen, Bezirksbürgermeisterin, zahlreiche Senato-



rinnen und Senatoren sowie SPD Politikerinnen und Politiker der Landes- und Bezirksebene. Für Musik sorgen die Brothers of Blues. **PM** □

➔ Samstag, 4. September 2010 von 14.30 bis 18.30 Uhr, Lietzenseepark in Charlottenburg, Zugang Kaiserdamm. Weitere Infos: www.spd-citywest.de

FRAKTION INTERN

Neu in der Fraktion ist Florian Dörstelmann, er rückte Anfang August für Stefanie Winde nach. Die ihr Mandat als Charlottenburger SPD-Abgeordnete und gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Ende Juli niedergelegt hat. Seit 2. August verantwortet die 42-Jährige die Unternehmenskommunikation der Berliner Universitätsklinik Charité. Florian Dörstelmann studierte 1987 bis 1991 Rechtswissenschaften in seiner Geburtsstadt Freiburg im Breisgau und ist seit 1996 in Berlin als Anwalt tätig.

Stadtteiltage. Frank Zimmermann hat die Stadtteiltage der Fraktion am Mittwoch u.a. mit einer Begehung des Tempelhofer Hafens in Begleitung von Bezirksstadtrat Oliver Schworck, einer Besichtigung des Ullsteinhauses und einer Diskussion zur Verkehrsbelastung am Tempelhofer und Mariendorfer Damm mit Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer fortgesetzt. Am 25. August folgt der Charlottenburger Stadtteiltag mit Frank Jahnke zu den Orten und Institutionen, die er am Stadtteiltag in seinem Wahlkreis besucht, gehören eine allgemeinbildende und eine berufsbildende Schule, ein Industrieunternehmen ebenso wie die Fußgängerzone Wilmersdorfer Straße als Zentrum des Einzelhandels und Orte wie der Karl-August-Platz, der Breitscheidplatz oder der Olivaer Platz, wo sich lebendige Großstadt manifestiert und entwickelt. Mehr unter www.spdfraktion-berlin.de/berlinerstadtteiltage.

Datenschutz. Für eine gesetzliche Regelung zum Schutz der Privatsphäre angesichts von Internetangeboten wie Googles "Street-View" hat sich der datenschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sven Kohlmeier, ausgesprochen. Zugleich wies er auf die Möglichkeit hin, das gerade eingerichtete Widerspruchstool von Google unter www.google.de/streetview zu nutzen. Sven Kohlmeier: „Ich hab nichts dagegen, wenn Berliner Sehenswürdigkeiten im Internet abgebildet werden. Aber weder das private Haus in Kaulsdorf noch die Wohnung in Britz muss ungefragt öffentlich gemacht werden. Jeder Eigentümer und Mieter, der seine Privatsphäre schützen möchte, muss bei Google Widerspruch einlegen. Nur so ist sichergestellt, dass das private Eigenheim, der Vorgarten und der Blick durch die Fenster auch privat bleiben.“ Sven Kohlmeier hatte bereits im Juli diesen Jahres in seinem Wahlkreis in Kaulsdorf mit einer großangelegten Postkartenaktion mit dem Aufmacher „Werden Sie gerne überwacht“ auf die Widerspruchsmöglichkeit von Google hingewiesen. **PM** □

Gesundheit:

Pflege braucht Anerkennung

Mechthild Rawert: Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen gestartet

Niemand darf die Augen davor verschließen, dass auf unsere Gesellschaft des längeren Lebens im Bereich der Pflege und Gesundheit Aufgaben zukommen, die beispiellos sind. Wir werden diese Herausforderungen nur bewältigen, wenn die Gesundheits- und Pflegeberufe besser entlohnt und attraktiver gestaltet werden. Eine höhere gesellschaftliche Anerkennung ist notwendig.

Kürzlich schlugen die Wellen in den Medien hoch: In den privaten Pflegeeinrichtungen würden in den nächsten zehn Jahren rund 300 000 zusätzliche Pflegekräfte fehlen. Mehr Umschulungsmaßnahmen und eine gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland sollen Abhilfe leisten.

Diese Forderungen greifen zu kurz. Bundes- und Landesregierungen sind aufgerufen, Pflege und andere gesundheitsbezogene Berufe als Berufswahl nachhaltig attraktiv zu machen. Dafür müssen aber die Arbeitsbedingungen, die Personalausstattung, die Aus- und Weiterbildung, die Art der Aufgabenzuweisung, die Karrierechancen und vor allem die Vergütung der Pflege- und Gesundheitsfachkräfte verbessert werden. Das erfordert finanzielle Investitionen.

Ich unterstütze die Forderungen nach einer gesellschaftlichen - vor allem auch finanziellen - Aufwertung dieser Berufe JETZT.

START DER „INITIATIVE GESUNDHEITSBERUFE“

Noch vor der parlamentarischen Sommerpause habe ich die „Initiative Gesundheitsberufe“ ins Leben gerufen. Ziel ist die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufwertung der Gesundheits- und Pflegeberufe im Kontext einer zunehmend beschäftigungsintensiveren Gesundheitswirtschaft. Ich will, dass wir als SPD-Bundestagsfraktion in Zusammenarbeit mit den relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen eine umfassende Strategie zu einer dynamischen Aufwertung dieser Berufe entwickeln. Keine Arbeitsgruppe, kein Fachausschuss alleine kann die komplexen Herausforderungen lösen.

Als Mitglied des Gesundheitsausschusses habe ich daher zwei ExpertInnenrunden ins Leben gerufen: zum einen eine Runde mit VertreterInnen von Gewerkschaften, (Berufs-)Fachverbänden, Frauenorganisationen und der Arbeitsgemein-



Besuch in einer Geriatriestation: Mechthild Rawert (m.). Foto: Frenzel

schaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG). Zum anderen eine Arbeitsgruppenübergreifende Runde mit Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion.

ZUNEHMENDER BEDARF AN GESUNDHEITLICHER VERSORGUNG

Personalmangel im Gesundheitswesen wird in der Öffentlichkeit als auch Politik vorrangig als Mangel an ÄrztInnen wahrgenommen. Das ist aber nur ein Aspekt des Problems. Mir liegt besonders am Herzen, dass der Fachkräftemangel in den vielfältigen nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen zu pflegerischen und gesundheitlichen Versorgungsgaps führt. In unserer immer älter werdenden Gesellschaft wird der Bedarf an professioneller Versorgung in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und im ambulanten Bereich ansteigen. Gleiches gilt für die Gesundheitsförderung und Prävention. Als Einwanderungsland brauchen wir auch eine Gesundheitsversorgung, die kultursensibel ist.

BESCHÄFTIGUNGS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN VERBESSERN

Die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen im nicht-ärztlichen Versorgungsbereich sind zumeist belastend: sowohl hinsichtlich der Arbeitsflexibilität und der Arbeitszeiten, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der hohen körperlichen als auch psychischen Belastungen. Die - zumeist weiblichen - Beschäftigten werden im Vergleich zu anderen Branchen unterbezahlt. Zu viele - vor allem jüngere - Fach-

kräfte verlassen daher bereits nach relativ kurzer Berufstätigkeit diese Berufsfelder. Die Belegschaften werden immer älter. Sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich fehlen altersgerechte Arbeitsmodelle.

AUSBILDUNGSSTRUKTUREN IM WANDEL

Die Ausbildungsstrukturen im Gesundheitswesen bedürfen dringend der Modernisierung. Sie sind flächendeckend noch zu uneinheitlich und haben eine zu geringe Durchlässigkeit. Für die Zukunft werden zunehmend Kompetenzen erwartet, die nicht nur in der Vermeidung bzw. Heilung liegen, sondern auch in der Gesundheitsförderung, im Aufschub bzw. der Minimierung einer Erkrankung.

Der Trend zur Akademisierung ist offensichtlich und anhaltend - auch wenn im Tarifgefüge noch entsprechende Regelungen für die anschließende Beschäftigung fehlen. Für einige Berufsgruppen hat der Gesetzgeber Modellklauseln geschaffen, damit außer an staatlich anerkannten Fachschulen auch an Hochschulen eine Ausbildung absolviert werden kann. Diese Erfahrungen sollen Bund und Ländern als Grundlage für die Weiterentwicklung der Berufsgesetze dienen, um die Ausbildungen dieser Berufe im europäischen Vergleich wettbewerbsfähig zu machen. Die Akademisierung der Gesundheitsfachberufe ist ein Beitrag zur Qualitätssicherung und Effektivitätssteigerung unserer gesundheitlichen Versorgung.

EIN BERUFSSTAND EMANZIPIERT SICH

Die Assistenzberufe (der Medizin) professionalisieren sich. Das vor allem in Deutschland dominierende Abhängigkeitsverhältnis von den medizinischen Fachberufen wird von Wwissenschafte- rInnen und beruflich Tätigen als zunehmend veraltet betrachtet. Auf ihrer berufspolitischen Agenda steht daher schon seit geraumer Zeit die Neuordnung der ärztlichen Aufgaben und damit verbundenen die Forderung nach „Substitution anstelle von Delegation“. Gemeint ist, dass einige der derzeit ausschließlich MedizinerInnen vorbehaltenen Tätigkeiten sollen auf andere Berufsgruppen übertragen werden. Damit verbunden ist auch eine eigene stärkere institutionelle Vertretung in den Gremien des Gesundheitswesens.

Mechthild Rawert □

Gesetzgebung:

„Teilhabe ja, Pillepalle nein“

Christian Hanke: Warum wir kein Integrationsgesetz, sondern Problemlösungen brauchen

Berlin ist eine Zuwandererstadt. Daran ergeben sich Potenziale und Chancen für die globalisierte Stadt. Aber Berlin gelingt es nicht im ausreichenden Maße, migrantische Milieus gleichberechtigt an den kulturellen und ökonomischen Entwicklungen teilhaben zu lassen. Die Problemanalyse ist allseits bekannt.

Der Senat und die Koalition wollen nun ein „Teilhabe- und Integrationsgesetz“ verabschieden, um die Situation zu verbessern. Berlin soll das erste Bundesland mit einem solchen Gesetz werden. Ein schönes und unterstützenswertes Ziel, integrationspolitischer Vorreiter zu sein.

NUR EINE SYMBOLISCHE KRAFT?

Leider wird das Gesetz nur wenig mehr als symbolische Kraft entfalten und dies zudem auch noch ambivalent in seinen Wirkungen. Als Hauptkritikpunkte können gelten:

○ Das Gesetz kommt mit vielen Regelungstatbeständen zwanzig Jahre zu spät und gibt damit keine Antworten auf die gesellschaftlichen Erfordernisse der Gegenwart.

○ Überwiegend werden verwaltungsbezogene Verfahren der Beteiligung geregelt. Darüber hinaus wird in die Selbstverwaltung der Bezirke eingegriffen mit formalen Regelungen, die längst nicht mehr die Realität der Integrationsbezirke widerspiegeln. Ein eigener Integrationsausschuß - wie vorgeschlagen - steht gegen das Prinzip von Integration als Querschnittsaufgabe und fördert wahrscheinlich nur „migrantische“ Lobbyistenverbände, die selbst keine demokratisch-repräsentative Legitimation haben.

GESETZLICHE DEFINITION DES „MIGRANTEN“

○ Der „Migrant“ wird auf Dauer gesetzlich definiert und Objekt der staatlichen (Für-)Sorge. Damit wird ein Gesellschaftsbild der Mehrheit und Minderheit implementiert, das nicht nur konservativ und nicht diversity ist, sondern darüber hinaus soziale Gegebenheiten ethnisiert. Für linke Politik wenig tolerabel wird damit Ausgrenzung statt Eingrenzung unterstützt. Die fatale, dauerhafte Unterscheidung zwischen Migranten und Nichtmigranten ist diskriminierend und undifferenziert, da sie nicht die sehr unterschiedlichen, realen Teilhabemöglichkeiten von unterschiedli-



Christian Hanke ist Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte. Foto: Horb

chen migrantischen Milieus abbilden kann.

DIE BETEILIGUNG DER MENSCHEN, NICHT DER VERBÄNDE STÄRKEN

○ Es werden sogenannte Migrantenverbände in den Beteiligungsstrukturen gestärkt, statt die Beteiligung von „Menschen mit Migrationshintergrund“ in den bestehenden Strukturen zu stärken.

○ Bei wesentlichen Fragen, wie der Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Öffentlichen Verwaltung bleibt der Entwurf unpräzise und vage. Bemerkungen von Senatsmitgliedern, hier könnte als Nachweis ein mehrjähriger Auslandsaufenthalt gemeint sein, ist weniger amüsant als sehr bedenklich hinsichtlich der Implementierung eines modernen Diversity Managements und der dienstrechtlichen Umsetzung eines solchen erstrebenswerten Ziel.

Positiv kann gewertet werden:

○ Die überfällige Regelung von heutigen Selbstverständlichkeiten wie die sarglose Bestattung und die Anerkennung von religiösen Feiertagen jenseits der christlichen.

○ Das Bemühen, dem Ziel unseres Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit - „Nur in einem Klima der Offenheit hat Berlin eine Chance“ - einen Baustein hinzuzufügen.

Nach dem bisher Erörtertem zeigt sich, daß der Gesetzesentwurf nicht nur sehr fragwürdige Positionen zementiert, sondern in keiner Weise Horizonte für aktuelle

Problemlösungen entwickelt, an denen insbesondere in den Bezirken gearbeitet wird:

○ Berlin gewährleistet keine gleichberechtigte Teilhabe für große Bevölkerungsgruppen. „Migrantische“ Akademiker sind benachteiligt und in viel schärferen Maße „migrantische“ Kinder und Jugendliche, obwohl sie zum erheblichen Teil die Zukunft Berlins sind. Armut und Segregation nehmen zu und nicht ab.

SCHULEN IN INTEGRATIONSBEZIRKEN AUFWERTEN

○ Von dem Prinzip, die besten Schulen in den sozial benachteiligten Stadtteilen sind wir noch immer Lichtjahre entfernt. Die Realität des verwaltungsinternen Finanzzuweisungssystems benachteiligt sogar die Integrationsbezirke. So richtig die Sekundarschulreform ist, so ist die Chance bisher nicht genutzt worden, sogenannte „Migranten“-Schulen gezielt aufzuwerten. Für bildungsbewußte Eltern (deutscher und nichtdeutscher Herkunft) bleibt so nur der Wegzug oder die Flucht in die Privatschulen, während man auf der anderen Seite Gefahr läuft, weiter ganze Jahrgänge zu verlieren.

○ Die Qualität von Sprachförderung - Deutsch und Muttersprachen - ist trotz nicht unbedeutenden Mitteleinsatzes mehr als ungenügend. Die jährlichen Sprachtest zeigen die katastrophale Situation. Qualitätsstandards werden in Schule und noch weniger in den Kitas umgesetzt. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, daß sprachliche Chancengleichheit durch Frühförderung in Muttersprache und/oder Deutsch bis zum vierten Lebensjahr erreicht werden kann. Statt eine frühkindliche Sprachoffensive zu starten wird relativ ineffektiv zusätzliche Sprachförderung im Oberschulbereich betrieben.

ZIELGERICHTETEN WERTAUSGLEICH SCHAFFEN

○ Die Ressourcenfrage wird nicht thematisiert. Notwendige Regelangebote wie Elternlotsen oder Bildungsverbände werden nicht finanziert, die Erfordernisse kumulierten und zielgerichteten Wertausgleichs zugunsten der Integrationsbezirke wird nicht angegangen. Berlin kann es sich aber aus gesamtstädtischem Interesse nicht leisten, der Segregation zuzusehen. Quar-

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

tiersmanagement ist eine wirkungsvolles Interventionsinstrument. Wenn es aber keine Überführung von erprobten Strategien in Regelsysteme gibt - wie zur Zeit in Berlin zu beobachten - wird der Erfolg verpuffen. Über reine Projektarbeit ist keine Nachhaltigkeit zu erreichen.

○ Die Implementierung von islamischem Religionsunterricht mit in Deutschland ausgebildeten Religionslehrern ist in keiner Weise vorangekommen. Fast gleiches gilt für die Ausbildung von Imamen. Die Realität des Islam als dauerhaftes religiöses Phänomen in Deutschland wird nicht in die bestehenden Strukturen integriert. Eine mitteleuropäische Ausprägung eines gelebten Islam wird nicht befördert, sondern ausländischen Akteuren mit anderen gesellschaftspolitischen Ansichten und Interessen die Deutungshoheit überlassen. Ein fatales Stigma für eine Einwanderungsstadt.

POTENTIALE DER JUGENDLICHEN HEBEN

○ Die Arbeitsmarktprogramme sind häufig nicht kreativ genug, die Potentiale von abgehängten migrantischen Milieus zu heben. Initiativen beispielsweise für voll finanzierte Ausbildungen zur Erzieherin und Erzieherassistentin, die u.a. zugezogenen jungen oder jüngeren migrantischen Frauen eine dauerhafte Berufsperspektive bieten und die sich dramatisch stellende Lücke in den Kindertagesstätten schließen könnte, fehlen. Initiativen für eine Reform der Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Ausbildungen, auf die ein schrumpfendes Deutschland keineswegs verzichten kann, hat ebenfalls nur wenige aktive Unterstützer/innen.

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER VERWALTUNG TROTZ EINSTELLUNGSSTOPPS?

○ Unbezweifelbar muß sich die Verwaltung interkulturell öffnen. Dies bedeutet nach innen und nach Außen die Umsetzung von Diversity Management. Dafür fehlen aber zur Zeit verbindliche, berlinweite Konzepte (und deren Finanzierung) und eine Veränderung des Personalkörpers der öffentlichen Verwaltung in Berlin ist bei Fortbestehen des Einstellungsstopps für die Bezirke ebenfalls nicht umzusetzen. Vieles bleibt gut gemeint und nicht gemacht.

○ In Berlin fehlt als Datengrundlage für rationale Strategien eine regelmäßige soziologische Berichterstattung über migrantische Milieus. Eine Sozialberichterstattung, die anhand von Sozialindikatoren Stadtteile beschreibt und rankt, reicht nicht aus, wenn man nichts über das kultu-

relle Wertesystem, die Perspektivmöglichkeiten und die spezifischen Barrieren der einzelnen sozialen, insbesondere der ressourcenarmen migrantischen Milieus weiß. So bleibt vieles nur fragmentarisches Erfahrungswissen oder - schlimmer noch - auf einer unreflektierten, stereotypen Ebene.

REFORM DES AUSLÄNDERRECHTS

○ Eine liberale Reform des Aufenthaltsrechtes ist unausweichlich. Viele Familien leben in einem ungesicherten Status, der selbst bei sehr gutem Willen Integrationsleistungen behindert, wenn nicht gar unmöglich macht. Diese prekäre Situation muß durchbrochen werden, wenn insbesondere die Kinder und Jugendlichen - häufig hier geboren - für Deutschland gewonnen werden sollen. Darüber hinaus gibt es für vor allem Flüchtlinge und Migranten der ersten Generation eine eklatante Versorgungslücke bei den (muttersprachlichen) psychotherapeutischen Angeboten. Zum Teil aufgrund ihrer Herkunftsgeschichte hochtraumatisierte Familien „vererben“ so die Traumata auf die zweite und dritte Generation.

○ Besonders schwierig ist die Frage nach der kulturellen Identität der Stadtgesellschaft in Berlin. „Be Berlin“ zielt wohl - nicht ohne gänzlichen Erfolg - mehr auf die nationale und noch stärker auf die internationale Sphäre. Andererseits gibt es eine starke Identifizierung bei allen Bevölkerungsgruppen mit Berlin und häufig mit dem eigenen Stadtteil.

Aber der Verweis auf ein Multikulti ist zu wenig, da die unterschiedlichen Kulturen hier nur nebeneinanderstehen und die notwendige gemeinsame Basis wie der interkulturelle Dialog nicht ausreichend oder gar nicht abgebildet werden. Im Rahmen eines neopluralistischen Gesellschaftsmodells fehlt hier die Definition des Konsensbereiches mit seinem gemeinsamen Wertekodex.

HEIMAT ALS VERBINDENDER BEGRIFF

Diversity ist ein umfassender und adäquater Ansatz, aber für die Alltagskommunikation wenig tauglicher Begriff. Vielleicht bietet der Begriff der Heimat einen positiven alltäglichen Zugang. Für Linke zunächst schwer akzeptabel, weil dieser Begriff in Deutschland häufig spezifisch konservativ aufgeladen ist. Aber er ist für viele Deutsche und möglicherweise noch stärker für viele Zugewanderte ein identitätsstiftender, verbindender und verbindlicher Begriff, auch wenn „Migranten“ gerne den im Deutschen nicht vorhandenen Plural zur Bezeichnung ihrer emotionalen

Gebundenheit benutzen würden.

Bei allen möglichen Kontroversen ist es für die Stadtgesellschaft Berlins notwendig, diesen identitätsstiftenden und positiven mobilisierenden Diskurs anzustoßen, wenn man nicht nur statistisch, sondern auch grundwerteorientiert Zuwandererstadt sein und die allseitig vorhandenen Gefühle gegenseitiger Fremdheit überwinden will.

ÜBER DAS „FORDERN“ REDEN

○ Schließlich ist auch über den Bereich des Forderns zu reden. Auch gegenüber den ressourcenschwachen Milieus ist Leistungsbereitschaft und Aufstiegs-wille zu erwarten und neben den staatlichen Angeboten auch der Wille zur Selbsthilfe vorzusetzen. Ebenso sind die Grenzen der Toleranz zu benennen, wie sie sich in unserem rechtsstaatlichen System materialisieren.

Die offensive Stigmatisierung von Gewalt in der Ehe und der Familie, der Zwangsverheiratung, der Etablierung eigener Rechtskreise, des Schleifenlassens der Schulpflicht, nationalistischer Haltungen und anderer Dinge gehören dazu. Für die SPD Kernbestandteile ihres Selbstverständnisses, denn seit ihrem Bestehen kämpft sie für die demokratische Selbstbestimmung von Frau und Mann. Für den inneren Frieden in den Nachbarschaften ist die Verfolgung von Kriminalität und die Durchsetzung des allgemein anerkannten Wertekodex für alle Seiten existenziell.

Man mag die vorstehenden Punkte als Sammelsurium ansehen, doch sie reflektieren zum großen Teil die tagtäglichen Herausforderungen insbesondere kommunaler Integrationspolitik in Berlin.

DER PRAKTISCHE NUTZEN DES GESETZENTWURFS FEHLT

Sie zeigen aber auch, daß das jetzt vorgelegte „Teilhabe- und Integrationsgesetz“ keinen praktischen Nutzen entfaltet, sondern so gar kontraproduktiv wirkt. Wahrscheinlich wird es in den kommenden Monaten nicht politisch opportun sein, es nicht zu verabschieden.

Man wird aber darauf hoffen müssen, daß in einer neuen Koalitionsvereinbarung von der Berliner SPD die richtigen Schwerpunkte für die künftige Integrationspolitik gelegt werden, um die Feststellung unseres Regierenden Bürgermeisters, Integration ist keine „Ausländerthematik, sondern immer eine Frage von Teilhabe“ (27. März 2010 | Berliner Ideenkonferenz „Integration und Teilhabe“), zu realisieren und nicht - wie ein Kollege sagte - „Bürokratisches Pillepal-le“ zu produzieren.

Christian Hanke □

Gesetzgebung:

Teilhabe an der Gesellschaft stärken

Das Integrationsgesetz bedarf noch einer intensiven Diskussion

Es gibt Gesetze, die auf erbitterte Widerstände stoßen, wenn sie das Potential haben, Verhältnisse grundlegend in Frage zu stellen. In diese Kategorie könnte man auch das geplante Integrations- und Partizipationsgesetz stecken. Nicht nur, dass der Name an sich schon viel verspricht, sondern auch die Tatsache, dass sich die Menschen nach Veränderungen sehnen und im Fall der Zielgruppe - Menschen mit Migrationshintergrund - endlich eine gleichberechtigte Teilhabemöglichkeit an der Gesellschaft bekommen wollen, befördern das Konfliktpotential. Denn Teilen fällt - wie schon im Kindesalter - dem einen oder anderen Zeitgenossen sehr schwer. Und bei diesem Gesetzesvorhaben geht es um Verteilung. Die Verteilung von Perspektiven, Ressourcen und Macht...

...könnte man meinen, wenn man nichts weiter als die Überschrift des Gesetzestextes liest. Führt man sich aber das Eckpunktetpapier des Senats genauer zu Gemüte, dann wird deutlich, dass der Entwurf noch einen intensiven Diskussionsprozess überstehen muss. An vielen Stellen ist ersichtlich, dass die Zerrissenheit zwischen dem Versuch den hohen Erwartungen gerecht zu werden und der Angst vor der vermeintlich negativen öffentlichen Meinung ziemlich große Spuren im Gesetzesentwurf hinterlassen hat.

SANFTE WILLENSBEKUNDUNG ZUR INTEGRATIONSPOLITIK

Diese Kluft wird besonders deutlich, wenn man den Senatsentwurf mit den ursprünglichen Forderungen des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen vergleicht. Selbst die Gesetzesprosa scheint hier Ängste vor Widerstand aufgelöst zu haben.

Die Forderung des Beirats, eine Verpflichtung des Landes Berlin zu einer aktiven Integrationspolitik festzuschreiben, wurde zu einer sanften Willensbekundung zur Integrationspolitik und zur gesellschaftlichen Teilhabe. Vielleicht ist auch aufgrund dieser Befürchtungen zu erklären, weshalb man sich genötigt fühlte in dem Gesetzesentwurf festzuhalten, dass jede Bevorzugung auszuschließen sei.

Neben dieser sehr defensiven Ausrichtung des Gesetzesvorhabens verwundert unter anderem die vermeintliche Notwendigkeit zu einer „Neudefinition“ des Migrationshintergrundes. Hierbei wird kurzerhand die dritte Generation ihres Migrati-

Artikel 1 - Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes Berlin (PartintG)	
§ 1	Im ersten Paragraphen werden die Ziele und Grundsätze des Gesetzes festgelegt. Danach ist die Integrationspolitik des Landes Berlin darauf ausgerichtet, Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu geben und gleichzeitig jede Benachteiligung und Bevorzugung auszuschließen. Dabei wird Integration als ein gesamtgesellschaftlicher Prozess verstanden, dessen Gelingen von der Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger abhängt - sowohl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als auch der gesamten Gesellschaft.
§ 2	Im zweiten Paragraphen wird der Migrationshintergrund definiert. Eine Definition ist vor allem notwendig, um die Erfolge von Maßnahmen bewerten zu können. Als Migrantinnen sollen gelten: Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind, im Ausland geboren und seit dem 1. Januar 1956 nach Deutschland eingewanderte Personen und Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil eingewandert ist. Damit sind im Unterschied zur 2005 in den Mikrozensus eingeführten Definition die deutschen Kinder von hier geborenen Ausländerinnen oder Eingebürgerten - also die "3. Generation" - nicht einbezogen. Die Definition umfasst nur Personen, die selbst oder deren Eltern Migrationserfahrungen haben. Sie berücksichtigt damit die fachliche und wissenschaftliche Kritik an der Mikrozensusdefinition.
§ 3	Im dritten Paragraphen wird der Geltungsbereich des Gesetzes bestimmt. Entsprechend den Vorgaben in vergleichbaren Gesetzen soll das Gesetz für die Berliner Verwaltung im weiteren Sinn gelten sowie für Betriebe, an denen das Land eine Mehrheitsbeteiligung hält.
§ 4	Im vierten Paragraphen wird das Prinzip der interkulturellen Öffnung der Verwaltung gesetzlich festgeschrieben. Erstens sollen alle Einrichtungen im Geltungsbereich im eigenen Zuständigkeitsbereich für gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung sorgen und die Migrantinnen angemessen einbeziehen. Ein zweiter Schwerpunkt wird auf die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten gelegt. Interkulturelle Kompetenz soll grundsätzlich bei der Einstellung und bei Beurteilungen berücksichtigt werden. Drittens unterstreicht der Senat das Ziel, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen. Hierzu wird das Gesetz keine Quoten festlegen. Menschen mit Migrationshintergrund sollen sich in

Erläuterung des Integrationsgesetzes auf www.berlin.de.

onshintergrundes entledigt. Sehr begrüßenswert, wenn Menschen nicht mehr nach ihrer Herkunft in eine Schublade gesteckt werden sollen, aber hier geht der Versuch deutlich am Thema vorbei. Es geht um die Teilhabe an der Gesellschaft und die Gewährung gleicher Chancen.

Gerade die dritte Generation hat viele Probleme, die es durch eine aktive Politik der Partizipation auszugleichen gilt. Aber genau dieser Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird durch den aktuellen Gesetzesentwurf aus der Definition der Zielgruppe ausgeschlossen. Exemplarisch für dieses Dilemma sind die Berliner „Problemschulen“ an denen heute die dritte Generation vertreten ist!

SYMBOLIK MIT KONKRETEN PUNKTEN VERSTÄRKEN

Der Vorlage fehlt es noch an fassbaren Veränderungen. Sicher ist der symbolische Wert von großer Bedeutung. Aber die Symbolik muss auch durch konkrete Punkte unterstrichen und verstärkt werden. So bei der finanziellen Ausstattung der Integrationspolitik. Berlin besitzt zwei Bezirke, die sich weigern einen bezirklichen Integrationsbeauftragten aufzustellen.

Nach dem Entwurf zum Integrations- und Partizipationsgesetz müsste sich dies ändern. Die wichtige Festlegung einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der bezirklichen Integrationsbeauftragten wird im Gesetzesentwurf aber nicht geregelt.

So besteht die Gefahr, dass die Bezirke Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf ihre dann unumgänglichen Integrationsbeauf-

tragten mit völlig unzureichenden Mitteln im Regen stehen lassen.

Ein weiterer wunder Punkt in dem Gesetzesentwurf ist die Frage nach einer Quote für Neueinstellungen im öffentlichen Dienst. Das neue Partizipations- und Integrationsgesetz formuliert hier nur die Zielvorgabe, Menschen mit Migrationshintergrund gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerung einzustellen (der nach der fragwürdigen Neudefinition des Migrationshintergrundes dann niedriger ist, als im letzten Mikrozensus angegeben). Unklar bleibt, was geschehen wird, wenn diese Zielvorgabe nicht erreicht wird. Nun ist die Einführung einer verbindlichen und einklagbaren Quotenregelung ohne Zweifel eine schwierige und sensible Frage, die auf einer breiten gesellschaftlichen Basis diskutiert werden muss, bevor sie in gesetzliche Regelungen Eingang findet. Doch eine prinzipielle Ablehnung der Quote, ohne das Für und Wider in einem demokratischen Prozess abzuwägen, kann nicht als zukunftsweisende Innovation für eine moderne Integrationspolitik gesehen werden.

GESETZ MUSS DIE ERWARTUNGEN ERFÜLLEN

Nicht, dass wir falsch verstanden werden: Keine Frage, dieses Gesetz ist wichtig. Nicht umsonst gab es einen Wettstreit zwischen Berlin und NRW, welches Bundesland als erstes ein Integrationsgesetz verabschieden wird. Aber wir müssen die Erwartungen an ein solches Gesetz auch erfüllen, Teilhabe in allen Lebensbereichen anzustreben. Dies ist auch deshalb notwendig, weil der Widerstand in der Presse und in den konservativen und reaktionären Teilen der Öffentlichkeit gegen das Gesetz enorm sein wird und es zum Teil jetzt schon ist.

Die SPD muss sich - auch angesichts der nahenden Wahlen in Berlin - die Frage stellen, ob sie diesen Kampf aufnehmen kann und will. Ein starkes Gesetz mit verbindlichen Regelungen hätte die Kraft sozialdemokratische Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer zu begeistern und zu binden. Besonders weil es Antworten auf aktuelle integrationspolitische Probleme vorweisen könnte. Ein schwaches Gesetz, das lediglich den Wohlfühlfaktor zu steigern vermag, begeistert weder die Partei noch die Zielgruppe des Gesetzes und macht den Wahlkampf an allen Fronten unnötig schwer.

Aziz Bozkurt, Dennis Dierks und Gregor Kijora (für die AG Migration der Kreise Pankow und Neukölln) □

Menschenrechte:

„Moderne Form der Sklaverei“

Dr. Eva Högl: Kampf gegen Menschenhandel verstärken - Deutschland ist Zielland

Menschenhandel ist ein abscheuliches Verbrechen - und eine moderne Form der Sklaverei. Frauen werden zur Prostitution gezwungen, Jugendliche unter schlimmsten Bedingungen beschäftigt und Kinder zum Betteln genötigt. Sie alle werden mit falschen Versprechungen in fremde Länder gelockt und dort systematisch und gezielt ausgebeutet.

Es handelt sich dabei um eine der weltweit schwersten Straftaten, deren Opfer mitten in unserer Nachbarschaft leben. Besonders verwerflich ist, dass die Verletzung der Menschenrechte der Betroffenen ein äußerst gewinnbringendes Geschäft für die organisierte Kriminalität ist.

Die Fälle von Zwangsprostitution und wirtschaftlicher Ausbeutung sind zahlreich und die Dunkelziffer hoch. In drei Viertel aller Fälle handelt es sich um grenzüberschreitende Straftaten, im Bereich der Zwangsprostitution stammen zwei von drei Opfern aus osteuropäischen EU-Staaten. Die Europäische Union mit ihren offenen Grenzen und ihrem freien Binnenmarkt ist hier besonders gefordert, der verbrecherischen Ausbeutung schutzloser Menschen Einhalt zu gebieten.

Ich begrüße daher ganz ausdrücklich die Initiative der Europäischen Kommission für eine neue Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel und zum Opferschutz. Menschenhandel ist international organisiert und die Banden und Hintermänner, die von ihm profitieren, müssen deshalb europaweit konsequent bekämpft werden.

Die Opfer wiederum müssen in ganz Europa den gleichen Schutz genießen. Auch bei der Prävention müssen wir grenzüberschreitend agieren und in den Herkunftsregionen der Opfer - zu denen übrigens auch Deutschland gehört - ansetzen, um



Eva Högl ist Bundestagsabgeordnete in Mitte.

Menschenhandel von Anfang an den Boden zu entziehen.

Als Berichterstatterin im Rechtsausschuss des Bundestages habe ich mich für wirksame Maßnahmen und einen integrierten Ansatz zur Bekämpfung von Menschenhandel stark gemacht, der Prävention und den Schutz der Opfer genauso umfasst wie die strafrechtliche Verfolgung der Täter. Ich setze mich dafür ein, dass die bisherigen Vorschläge der Europäischen Kommission entsprechend ergänzt werden.

DIE OPFER SCHÜTZEN

Eine erfolgreiche Strafverfolgung ist ohne umfassenden Opferschutz nicht möglich. Eines der größten Hindernisse für die Strafverfolgung ist die mangelnde Bereitschaft der Opfer auszusagen. Sie haben Angst vor ihren einstigen Peinigern und vor einer ungewissen Zukunft. So erhalten Betroffene in Deutschland nur eine Aufenthaltsgenehmigung für die Dauer des Strafverfahrens. Danach stehen sie vor dem Nichts. Deshalb müssen in ganz Europa die Regelungen des Aufenthaltsrechtes

verbessert werden. Wer in sein Herkunftsland zurückkehrt, benötigt auch dort Sicherheit für einen Neuanfang. Hier sind bei den örtlichen Behörden Strukturen zu schaffen, die das ermöglichen. Darüber hinaus ist es dringend notwendig, dass Minderjährige und Frauen speziell auf sie abgestimmte Schutz- und Betreuungsprogramme erhalten.

Für eine wirksame Bekämpfung des Menschenhandels ist es darüber hinaus notwendig, alle betroffenen Politikfelder (Innen, Justiz, Arbeit und Soziales, Familie) zu verzahnen und zivilgesellschaftliche Akteure einzubeziehen. Nichtregierungsorganisationen sind oft die einzigen Ansprechpartner, denen ein vertrauensvoller Zugang zu den Opfern gelingt. Wir müssen sie auf der Ebene der Europäischen Union und in den Mitgliedstaaten noch stärker einbinden.

Deutschland ist Zielland des Menschenhandels. Das erbarmungswürdige Schicksal in Bordellen, Restaurantküchen und auf Baustellen erleiden die Betroffenen nicht irgendwo auf der Welt, sondern auch und gerade bei uns. Dies zeigt, dass wir mit den bisher existierenden Maßnahmen noch nicht in ausreichendem Maße gegen dieses Verbrechen vorgehen konnten. Mit meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion im Bundestag habe ich einen Antrag formuliert, der im Herbst in den Ausschüssen beraten wird. Wir fordern darin die Bundesregierung auf, sich in Brüssel bei den Verhandlungen über die neue Richtlinie für wirksame Maßnahmen gegen Menschenhandel und einen umfassenden Opferschutz einzusetzen, wie sie auch vom Europäischen Parlament und gesellschaftlichen Organisationen gefordert werden. Es ist höchste Zeit, dem Menschenhandel in Europa den Kampf anzusagen!

Eva Högl □

Hohes Armutsrisiko bei Alleinerziehenden

Aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes belegen: Alleinerziehende tragen ein deutlich höheres Armutsrisiko als andere Familien.

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig verwies deshalb erneut auf das von der SPD im April vorgelegte Konzept um die Situation alleinerziehender Mütter und Väter zu verbessern. Dagegen treibt die Bundesregierung die Belastungen für die Betroffenen weiter in die Höhe - etwa durch die Streichung des Elterngeldes für Empfängerinnen und Emp-

fänger von Arbeitslosengeld II sowie für Familien mit niedrigem Einkommen.

1,6 Millionen Alleinerziehende leben in Deutschland. 20 Prozent aller Kinder wachsen in Ein-Eltern-Familien auf. Vor allem Alleinerziehende und ihre Kinder sind häufiger von Armut bedroht als andere Familien. Obwohl 60 Prozent aller Alleinerziehenden einer Erwerbstätigkeit nachgehen und vielfach sogar Vollzeit arbeiten, müssen viele mit einem Monatseinkommen von rund 1.100 Euro und weniger auskommen. Rund ein Drittel der Alleinerziehenden

sind demnach auf finanzielle Hilfen angewiesen.

Im April legte die von Manuela Schwesig geleitete Zukunftswerkstatt Familie ein Konzept vor, das die flächendeckende Einführung gesetzlicher Mindestlöhne und eine besondere Betreuung von Alleinerziehenden bei den Arbeitsagenturen fordert. Eine bessere Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur ist ebenso notwendig wie die gezielte finanzielle Unterstützung, unter anderem durch differenzierte und bedarfsgerechte Kinderregelsätze.

BS □

Bürgerbeteiligung:

Wie gerecht sind Volksentscheide?

Eine Betrachtung unter dem Eindruck des Hamburger Ergebnisses

Volksentscheide als Ausdruck direkter Demokratie sind „in“. Sie gelten vielen als ideales Mittel gegen Politikverdrossenheit und Rückgang in der Wahlbeteiligung. Und auch die SPD hat sich in den letzten Jahren für den Ausbau der direkten Partizipationsmöglichkeiten durch Bürgerbegehren und Volksentscheide maßgeblich eingesetzt und diese in Berlin gesetzlich verankert.

Für die SPD in Berlin sind die beiden großen Volksentscheide (Tempelhof und Ethik) positiv verlaufen. Es hätte auch anders ausgehen können - so wie am 18. Juli in Hamburg.

Gerade das Hamburger Beispiel zeigt, dass Volksentscheide nicht zwangsläufig gesamtgesellschaftlich betrachtet nur positiv gesehen werden müssen. Und auch, wenn man mit der folgenden These in der allgemeinen Begeisterung für die so genannte direkte Demokratie aneckt: Volksentscheide haben (noch) Demokratiedefizite.

Es seien an dieser Stelle auch noch kurz Vorteile der repräsentativen Demokratie in Erinnerung gerufen. Denn idealtypisch gesehen ist es besser, wenn weitreichende und nachhaltige politische Entscheidungen nicht unter dem Einfluss von Kampagnen oder eigener Betroffenheit bzw. im Interesse einer Klientel gefällt werden, sondern mit Abstand und nach reiflicher Überlegung sowie außerdem der regulierenden Gewaltenteilung unterworfen. Dass Politik und Politikerinnen und Politiker demokratiethoretisch immer weniger idealtypisch agieren, macht die repräsentative Demokratie mehr und mehr angreifbar. Dennoch bleibt immer die dringende Frage nach der demokratischen Legitimierung, wenn man neue Methoden zur Erlangung gesamtgesellschaftlicher Entscheidungen diskutiert.

Diese Diskussion richtet sich nicht gegen Volksentscheide oder neue Partizipationsmöglichkeiten. Aber gerade Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten sind gut beraten zu beleuchten, wie sich direkte Demokratie und repräsentative Demokratie in Hinblick auf eine solidarische Gesellschaft verhalten.

Der Volksentscheid gegen die Einführung der Primarschule in Hamburg schlägt aus vielerlei Gründen Wellen. Zum einen, weil aus Sicht linker Betrachter fortschrittliche Bildungspolitik gekippt wurde, zum anderen aber auch, weil eben diese rückwärtsgewandte Entscheidung Gefahr läuft, das gerade lieb gewonnene und deswegen ausgebaut Instrument der direk-



Direkte Demokratie: Entscheidungen unter dem Eindruck von Kampagnen?

ten Demokratie mittels Volksentscheiden zu diskreditieren.

Kein Wunder also, dass z. B. Claudia Roth und Andrea Nahles feststellen: Nur, weil „das Volk“ eine unliebsame Entscheidung getroffen hat, hieße das nicht, dass das Instrument falsch wäre. Natürlich wolle man die Möglichkeiten per Volksentscheid über wichtige politische Fragen abzustimmen auch auf Bundesebene weiter ausbauen, zum Beispiel im Kampf gegen die AKW-Laufzeitverlängerung. Dass man hier die Mehrheit der Bevölkerung auf seiner Seite wähnt, macht es in diesem Falle vermutlich leichter. Aber ist es nicht generell zu kurz gedacht?

Denn, wenn man die Bürgerinnen und Bürger zukünftig verstärkt mittels direkter Demokratie einbinden will, muss man vorher einige Probleme bedenken und zu lösen in der Lage sein:

Problem 1: Wahlbeteiligung erhöhen.

Im Ausbau der direkten Demokratie durch z. B. Volksentscheide eine Antwort auf Politikverdrossenheit und Wahlbeteiligungsrückgang zu sehen, blendet gelegentlich aus, dass selbst bei einer Wahlbeteiligung von um die 50% z. B. bei Kommunalwahlen diese noch höher ist, als bei den meisten Volksentscheiden.

Generell steht man also auch bei Volksentscheiden vor dem Problem, Wahlbeteiligungen erhöhen zu müssen, um wirklich legitimierende Mehrheitsentscheidungen zu erhalten.

Problem 2: Mobilisierungsdefizit Pro Status Quo abzustimmen. Bei Wahlen können sich die Wählerinnen und Wähler für eine Partei entscheiden. Damit entscheiden sie letztendlich auch immer über eine gelesene oder gefühlte Parteiprogrammatik. Sich für eine Partei zu entscheiden, bedeutet in der Regel Regierungsbeteiligung dieser Partei zu wün-

schen und damit Gesellschaft in eine Richtung gestalten zu wollen.

Volksentscheide resultieren aber oftmals aus der Unzufriedenheit mit einer politischen Festlegung (Schulreform, Ethikunterricht, Tempelhofschließung). Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, einen politisch herbeigeführten Status Quo im Rahmen eines Volksentscheides zu bestätigen, stellt ein hohes Mobilisierungsproblem dar. Das ist oftmals nur durch starke Zuspitzung möglich - womit man aber auch Gefahr läuft, die Gesellschaft zu spalten. Kann man auf diese grundsätzliche Problematik reagieren, indem man im Zweifel 25% der Bevölkerung zugesteht, eine gesellschaftliche Entscheidung rückgängig zu machen, die von 75% aus verschiedenen Gründen getragen wird? Nicht bei einem Volksentscheid abzustimmen muss nicht, kann aber ein Ausdruck der Zufriedenheit mit dem durch die repräsentative Demokratie hervorgerufenen Status Quo sein.

Problem 3: Betroffene integrieren müssen. Direkte Demokratie ist dann gut, wenn es um Entscheidungen geht, die die betroffenen Menschen entweder besser treffen können oder denen sie zumindest zustimmen sollten, um gemeinsam den notwendigen Weg zu gehen. Das bedeutet aber auch, dass man in der Lage sein muss, die betroffenen Menschen in die Entscheidungsprozesse einzubinden.

Am aktuellen Hamburger Fall zuge-spitzt: Warum muss als demokratisch legitimiert angesehen werden, wenn das Hamburger Bürgertum sich in der Frage der Primarschulen durchsetzt. Erstens richtet sich der Versuch mehr Chancengleichheit zu erreichen im Interesse der Gesellschaft an eine andere Klientel. Zweitens gelingt es nicht ausreichend, die Betroffenen zur Abstimmung zu mobilisieren. Warum sollten sie auch. Die repräsentative Demokratie hat ja für dieses Klientel positiv gehandelt.

Problem 4: Direkte Demokratie ohne direkte Beteiligungsmöglichkeit. Dass es auch bei direkter Demokratie ebenso große Legitimierungsdefizite geben kann wie bei angeblich abgehobenen PolitikerInnen-Entscheidungen, zeigt das Hamburger Beispiel ebenfalls sehr gut. Wieso ist es demokratisch legitimiert, wenn ein 60-jähriger Hamburger kinderloser Rechtsanwalt mit seiner Stimme in direkter Demokratie eine Schulreform verhindert, die u. a. im gesamtgesellschaftlichen Interesse dem Kind einer 35-jährigen Migrantin ohne Abstim-

Fortsetzung Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

mungsrecht zugute kommen soll. Das Gerinste ist hier also: Abstimmungsrecht für alle betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner - gleich welcher Nationalität.

Problem 5: Ungleiche Verteilung der Möglichkeiten zur Einflussnahme. Ein Grundproblem bleibt die in den sozialen Schichten unterschiedlich hohe Beteiligung an Volksentscheiden. Auch das hat Hamburg gezeigt. Aber nicht nur das. Volksentscheide zu initiieren erfordert einen hohen Organisationsgrad, Zeit und eben auch Finanzen. Schon allein deswegen ist das Bildungsbürgertum im Vorteil und in der Lage, „gesamtgesellschaftliche“ Probleme auf die Tagesordnung zu setzen, die vielleicht oftmals nur die Probleme einer Minderheit sind (Tempelhofschließung, Ethikunterricht, Zugang zu Gymnasien ab Klasse 4).

Hier beginnt sich das Problem zu potenzieren: Agendasetting, finanzielle Ressourcen, Minderheitsentscheidungen (bei einem Quorum von 25%) beeinflussen gesamtgesellschaftliche Entwicklungen in einem hohen Grad. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme sind ungleich verteilt.

Es müssen beim Ausbau der direkten De-

mokratie also drei grundlegende Probleme gelöst werden:

1) Die Beteiligung an Instrumenten der direkten Demokratie muss repräsentativ die gesellschaftlichen Verhältnisse mindestens im Ansatz widerspiegeln. Was vermutlich eine starke Erhöhung des Quorums bedeutete.

2) Die Organisation und Finanzierung von Instrumenten der direkten Demokratie muss für alle Bevölkerungsschichten möglich gemacht werden.

3) Es muss definiert werden, für welche Inhalte direkte Demokratie ein probates Mittel ist und wo der gesamtgesellschaftliche Aspekt es nötig macht ausschließlich auf das Konstrukt der repräsentativen Demokratie mit dem Instrument der Gewaltenteilung zurückzugreifen.

Wenn heute darüber diskutiert wird, dass auch Haushaltsbelange in einem Bundesland per Volksentscheid zu beeinflussen sein sollen, dann müssen die Anhänger eine Antwort darauf geben, wie sie verhindern wollen, dass eine gut organisierte Gruppe mit medialer Unterstützung mit einem erfüllten Quorum von 25% z. B. dafür sorgen kann, dass ein Bundesland weniger Geld für Soziales ausgibt, stattdessen aber

für eine hervorragende Ausstattung von Gymnasien sorgt. Emanzipation und Chancengleichheit sind gerade für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit fast 150 Jahren ein wichtiger Grundsatz. Die Erlangung von Demokratie und das Wahlrecht für alle waren dazu wichtige Voraussetzungen.

Bei der Sicherung und auch Erweiterung unserer Demokratie sollten wir stets die Partizipation aller Menschen im Auge behalten. Nicht theoretisch, sondern unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse.

Denn eine solidarische Gesellschaft braucht die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen. Vielleicht ist die repräsentative Demokratie besonders bei Beteiligung der viel gescholtene Volksparteien noch im Vorteil. Es lohnt deswegen verstärkt darüber nachzudenken, wie man generell die Partizipation = Wahlbeteiligung erhöhen kann. Bei Parlamentswahlen und bei Volksentscheiden. Diesen Diskurs sollten wir in der SPD unaufgeregt und objektiv führen.

Robert Drewnicki □

Der Autor ist Vorsitzender der SPD Neuwend und stellvertr. Kreisvorsitzender der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

Partei debate:**„Dann hört mal gut zu“**

Claus Pörksen: Die Linke nicht einfach nur in die „rote Ecke“ stellen

Liebe Parteiführung, ihr kommt damit zwar in die Schlagzeilen und verdrängt die hilflose schwarzgelbe Koalition von dem ersten Platz - aber ist das wirklich ein Gewinn für die SPD, wenn die Berliner Zeitung als Titelschlagzeile schreibt: „Linkes Lager im Streit vereint“? Seit wann liegen wir mit der Linke denn schon in demselben Bett und bilden ein Lager?

Zu den Medien komme ich noch, aber zunächst möchte ich unsere eigene Partei kritisch unter die Lupe nehmen. Die Sache mit Herrn Gauck war ein raffinierter Schachzug, darin waren sich so gut wie alle einig. Aber es war nur ein gelungener Coup, sonst nichts! Ich war etwas überrascht, wie gut Joachim Gauck sich geschlagen hat. Besonders gut fand ich seine Reaktion auf die immer wieder gestellte Frage: „Rechnen Sie damit, gewählt zu werden?“ Seine lapidare Antwort: „Ich kann rechnen.“ Punkt. Aus.

SCHWARZGELBE MEHRHEIT

Unsere liebe Parteiführung scheint durch die Begeisterung über den gelungenen Coup das Zählen total verlernt zu haben. Es lag angeblich nicht an der reichlichen Mehrheit der schwarzgelben Koalition, die Herr Koch - gerade der! - schließlich

doch noch so einigermaßen zusammengesüstert hat. Nein, die Linken sollen Schuld daran gewesen sein. Natürlich - die Linke, wer denn sonst?!

Wir werfen anderen Parteien gerne Unredlichkeit vor in der Argumentation. Das war leider allzu oft gerechtfertigt. Man denke nur an die Sonntagsreden zur Deutschen Einheit, zum 17. Juni und so weiter. Aber wir dürfen nicht in denselben Fehler verfallen. Joachim Gauck ist nicht angetreten als Retter der Nation. Und wer nicht für Gauck gestimmt hat, der ist noch lange kein Freund der Stasi und auch kein verkappter oder gar offener „Betonkommunist“ - was für ein schönes Wort!

Hinter all dem steckt immer noch die Angst vor einer Rote-Socken-Kampagne der Rechten. „Spiel nicht mit den Schmutzdelkindern“, hat Degenhardt damals gesungen. Eine aktuelle Version wäre dringend zu wünschen. Wer die Linke in die rote Ecke stellt, der beweist nur, dass er selber in der Demokratie noch nicht angekommen ist, wie so viele jetzt von den armen Osis meinen sagen zu müssen, die partout nicht im goldenen Westen ankommen wollen. Das ist alles keine politische Auseinandersetzung, sondern ganz schlichte Diffamierung. Auch das werfen wir sehr gerne immer wieder den anderen vor, und haben auch hier oft recht. Aber wir sollten

die einzig sinnvolle Form der Auseinandersetzung wählen, und das ist das kritische Hinterfragen der Inhalte. Da gibt es reichlich zu tun.

Die Medien stecken schon lange mit den Konservativen unter einer Decke., wenn es um die „roten Socken“ geht. Lasst euch von denen nicht vorschreiben, was ihr zu tun habt. Ihr wisst ja, wohin das führt: Schwupps liegt ihr im selben roten Lager wie die Linke, und wieder wird es nichts mit dem Machtwechsel. Lasst die Rechten und die Medien links liegen. Die werden in hundert Jahren noch auf den roten Socken herumhacken, da wette ich hundert Pfunde darauf.

Setzt euch offensiv mit der Linken auseinander, aber bitte mit ihren Inhalten. Und nehmt euch dafür viel Ruhe und Zeit. Und lasst die Genossen in den Ländern machen, was sie für richtig halten, ohne ihnen ständig reinzureden. Das ist schließlich irgendwann einmal von der Partei beschlossen worden. Meiner Meinung nach gilt das auch für die Parteiführung. Die hat uns einfachen Parteimitgliedern nach der letzten Bundestagswahl versprochen, dass sie viel mehr auf die Basis hören will. Das war ein gutes Versprechen. Dazu kann ich nur sagen: Dann hört mal gut zu.

Claus Pörksen, SPD Charlottenburg Abt. 73. Mitglied seit über 25 Jahren □

Der Zeit voraus

Vereinigungsparteitag der Berliner SPD am 15. September 1990

Noch vor allen anderen hat die Berliner SPD die Einheit vollzogen: Am 15. September 1990 - zwei Wochen vor der Bundes-SPD - trafen sich in den Messehallen am Funkturm der Landesverband (West) und der Bezirksverband (Ost) der Berliner SPD zu einem „Vereinigungsparteitag“. Als gemeinsamer Landesverband wollten sie das Zusammenwachsen der beiden Stadthälften vorantreiben.

„Als die alten Blockparteien, mit denen sich CDU und FDP vereinigen, noch willfähige Stützen des SED Regimes waren, haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR mitgeholfen, in der friedlichen Revolution demokratische Verhältnisse zu erkämpfen“, heißt es in der vom Parteitag angenommenen „Entschließung zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin“. „Sie machen die vereinigte Partei reicher durch ihre Erfahrungen, ihre Standhaftigkeit und ihre Glaubwürdigkeit.“

Die Sozialdemokraten der geteilten Stadt waren in einer Sonderrolle. „Es war auch ein selbstbewusstes Zeichen des Berliner Landesverbandes, vor der Bundespartei vereinigt zu sein“, so die damalige Bezirksvorsitzende Anne Kathrin Pauk. Vorsitzender des gemeinsamen Landesverbandes wurde Walter Momper, der als Regierender Bürgermeister mit dem Ost-Berliner Oberbürgermeister Tino Schwierzina in enger Zusammenarbeit die Pläne für die Einheit der Stadt entwickelte.



Prophetisches Wahlplakat der Berliner SPD im Frühjahr 1989. Foto: BS-Archiv

1946 hatte das Nein der Berliner SPD-Mitglieder bei der Urabstimmung die Vereinigung mit der KPD verhindert. Anders als in der übrigen sowjetischen Besatzungszone, wo die Vereinigung zur SED unter zum Teil großem Zwang vollzogen wurde, setzte die Berliner SPD ihre Arbeit unter dem Schutz der drei Westalliierten in der gesamten Stadt fort, auch wenn ihre Mitglieder in den östlichen Bezirken einem zunehmenden Druck ausgesetzt waren. Dennoch bekannten sich noch Mitte 1961 über 5 000 Sozialdemokraten in Ostberlin zur SPD (rund 12% aller Berliner Mitglieder). Nach dem Mauerbau in Berlin beschloß der Berliner Landesvorstand der SPD am 23.

August 1961, die acht SPD-Kreisorganisationen in Ostberlin aufzulösen, da die gemeinsame politische Arbeit in einem Landesverband nicht mehr möglich war. Viele Ost-Berliner Sozialdemokraten hielten - sofern ihnen Reisen aus Altersgründen erlaubt waren - zwischen 1961 und 1989 aber auch weiter persönlichen Kontakt zum SPD-Büro in der Weddinger Müllerstraße.

Im Sommer 1989 wurde - zunächst im kleinen Kreis um Martin Gutzeit und Markus Meckel - die Neugründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR diskutiert. Mit der Gründung der SDP in Schwante am 7. Oktober 1989 wurde die Einheitspartei offen herausgefordert und die Machtfrage gestellt. Anfang November gründete sich der Bezirksverband in Ost-Berlin, zahlreiche Basisgruppen entstanden. Aus den ersten Kontakten zwischen Sozialdemokraten in den beiden Stadthälften entstanden Partnerschaften zwischen Abteilungen und Basisgruppen, Schreibmaschinen und Vervielfältigungsgeräte wurden gespendet. Im Januar erschien erstmals mit Unterstützung der BERLINER STIMME das „Stattblatt“ als regelmäßiges Informationsblatt des Bezirksverbandes, im März und im Mai musste die SPD in der DDR bereits die Wahlkämpfe zur Volkskammer und zur Stadtverordnetenversammlung führen.

Die SPD ist die Partei der Einheit der Stadt geblieben. Sichtbar wird dies seit 1990 an den nahezu gleichen Wahlergebnissen im Ostteil wie im Westteil der Stadt.

Ulrich Horb □

Flucht mit Diplomatenpässen

Die Berliner Sozialdemokratin Anni Kaffanke ist im Alter von 88 Jahren verstorben

Die Berliner Sozialdemokratin Anni Kaffanke ist am 24. Mai im Alter von 88 Jahren verstorben verstorben.

Anni hat ihre Kindheit in Berlin im Bezirk Prenzlauer Berg verbracht und schon damals als eines der Nachbarkinder ihren späteren Ehemann Günter kennen gelernt. Mit ihm zusammen war sie auch bei den Kinderfreunden.

Seit 1945 war Anni auch Mitglied der SPD. Besonderheit am Rande: Anni ist zu einem Zeitpunkt in die Nachkriegs-SPD aufgenommen worden als die Neuzulassung der SPD noch gar nicht beschlossen war.

Anni wurde damals schon mit Günter zusammen bei den Jungsozialisten aktiv. Kurt Neubauer, den späteren Bürgermeister und Innensenator, haben sie zum Jusovorsitzenden vom Prenzlauer Berg gewählt.



Anni Kaffanke.

Aber später hatten beide Probleme in und mit ihrer Partei. Beide stemmten sich gegen die Zwangsvereinigung, der in den östlichen Bezirken gewaltsam durchgesetzten Verschmelzung der Kommunisten mit der SPD. Ihre Gegenwehr gegen diese Verschmelzung machte sie beim SED-Regime suspekt und dadurch wiederum waren sie politisch und damit auch persönlich gefährdet.

Ab 1. Dezember 1949 war sie für den Ma-

gistrat von Berlin tätig. Sie war beim Senator / Stadtrat für Personal und Verwaltung Otto Theuner als Sekretärin beschäftigt, für den sie ausgesprochen gerne gearbeitet hat.

Der 16. April 1964 war ein großer Einschnitt im Leben von Anni und Günter. Zusammen mit ihren Kindern vollzogen sie die gründlich geplante Flucht von Ost- nach West-Berlin. Das war für Anni und Günter ein sehr schwieriger aber notwendiger Schritt. Nicht wie andere aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen sind sie aus Ost-Berlin geflohen.

Sie wollten ihre Kinder aber nicht gefährden. Deshalb gab es keine lebensgefährliche, spektakuläre Flucht, sondern ausgestattet mit falschen Pässen als persönliche Diplomaten verließen sie Ost-Berlin.

Sie wollten ihre Kinder aber nicht gefährden. Deshalb gab es keine lebensgefährliche, spektakuläre Flucht, sondern ausgestattet mit falschen Pässen als persönliche Diplomaten verließen sie Ost-Berlin.

Fortsetzung Seite 18

Fortsetzung von Seite 13

Ungefährlich war das natürlich nicht. Hätte man sie gefasst, so wären sie wegen Republikflucht im Gefängnis gelandet.

Auch wenn es ihnen schwer fiel, sie konnten in einer solchen Diktatur, in der jede freie Meinung unterdrückt wurde, einfach nicht leben. 16.000 DM mussten sie in den nächsten Jahren für die Durchführung ihrer Flucht abzahlen.

Günter konnte seine alte Stelle bei der Bewag wieder antreten und auch Anni wurde wieder berufstätig. Am 1. Juli 1964 fing Anni als Mitarbeiterin von Horst Vollrath in der Pressestelle des Berliner SPD Vorstandes in der Müllerstrasse an. Das hat sie bis zum Ausscheiden von Horst Vollrath gemacht und wurde dann Assistentin der Berliner Bundestagsabgeordneten Angela Grützmann. Anni schied am 31. Dezember 1974 aus der Müllerstrasse aus und war seitdem auch nicht mehr berufstätig.

Anni war sozial und politisch sehr engagiert. So hat sie nicht nur hauptberuflich, sondern auch ehrenamtlich viel Arbeit in der SPD geleistet. Darüber hinaus war sie viele Jahre lang als ehrenamtliche Richterin am Verwaltungsgericht tätig. Sie hatte auch mehrere Leidenschaften neben ihrer Familie. Handarbeiten und Lesen gehörten dazu. Anni mochte genau wie Günter auch Kunst. Sie hatten viele Bilder in ihrer Wohnung zu hängen. Annis Lieblingsmaler, von dem sie auch einige Bilder hatte, war der ungarische Maler Grosz. Sie liebten die Klassik und Reisen. Beide hatten ein Opern- und Volksbühnenabonnement. Beide genossen sie die klassische Musik.

André Dietzschke □

Nachruf:

Trauer um Margot Schubert

Im Alter von 88 Jahren ist am 5. Juli die unter Berliner Parteimitgliedern recht bekannte Veteranin Margot Schubert verstorben. Sie war 65 Jahre Mitglied der SPD. Die Partei war für sie ein wichtiger Teil ihres Lebens.

Geboren wurde Margot Schubert am 22. Februar 1922. Ihre berufliche Laufbahn begann sie im Juli 1945 im Kreisverband Prenzlauer Berg. Durch Fleiß, gutes Organisationstalent und politischer Standhaftigkeit aufgefallen, wurde sie bereits 1947 als Sekretärin des stellvertretenden Vorsitzenden in die Parteizentrale in der Zietenstraße versetzt.

Aufgrund ihrer Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit wurde ihr 1958 die Leitung des Vorstandssekretariats übertragen. Fast drei Jahrzehnte hat sie mit voller Kraft und persönlichem Einsatz die ihr gestellten Aufgaben zur vollen Zufriedenheit gemeistert.

Viel Freude und Wertschätzung fanden bei ihr die persönlichen und direkt bezogenen Glückwünsche zu gegebenen Anlässen und Jubiläen durch die Vorstände der Bundes- und Landes-SPD.

Als aktives Mitglied der Arbeiterwohlfahrt unterstützte sie mit viel Engagement lange Jahre bedürftige Menschen. Ihre Sozialdemokratische Heimat fand sie bis zuletzt in der Spandauer SPD- Abteilung Wilhelmstadt.

Heinz Krause □

Nachruf:

Ewald Weitz ist verstorben

Unser Mitglied Ewald Weitz ist nach kurzer schwerer Krankheit am 24. Juni 2010 im Alter von 67 Jahren verstorben. Die Beisetzung hat inzwischen auf dem Friedhof Nikolassee stattgefunden.

Ewald war seit 1968 Mitglied der SPD im Kreis Zehlendorf, zunächst in der Abteilung Sundgau (später in Mitte bzw. nach der Kreiszusammenlegung Zehlendorf). Er hat sich im Kreis durch sein politisches und soziales Engagement sehr verdient gemacht. In den letzten Jahren hat er sich zwar von der aktiven Parteilarbeit zurückgezogen, doch war er war lange Zeit in seiner Abteilung Funktionär und Kreisdelegierter. Vor allem führte Ewald neben seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt und Notar über viele Jahre die kostenfreie Mieterberatung im Kreis Zehlendorf durch. Exzellente Kenntnisse im Mietrecht und Verständnis für die Probleme von Mietern zeichneten seine wöchentlichen Sprechstunden aus.

Jochen Rose □

T RAUER

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

■ **1. Rudower Weinpicknick.** Am 21. August ab 17 Uhr lädt die Rudower SPD zum ersten Rudower Weinpicknick ein. Auf dem Hof der Alten Dorfschule in Alt-Rudow 60 werden verschiedene Sorten Wein, zur atmosphärischen Musik der Band „Sinti Swing“, angeboten. Um das Picknick zu vervollständigen, kann jeder Gast seine Nachbarn und Freunde sowie sein Lieblingsessen mitbringen. Die SPD Rudow bietet Rheinhesenwein aus Worms (Wies-Oppenheim), Selters, Saft oder Sekt an. Gläser werden bereitgestellt.

■ **Die 80er-Party - eva & friends,** 21.08.2010, 21:00 Uhr. Veranstalter: Eva Högl, MdB, Lola's Bar, Auguststraße 2, 10117 Berlin. Es darf gefeiert werden: Im Rahmen der Sommertour von Eva Högl, MdB, wird der Stammtisch „eva & friends“ diesmal um eine 80er-Party erweitert. In Lola's Bar in der Auguststrasse hat man die Gelegenheit zu feiern und in lockerer Atmosphäre mit Eva Högl ins Gespräch zu kommen.

■ **Kinderfest im Orankebad:** Die SPD Lichtenberg veranstaltet am Samstag, 22.08. ab 11.00 Uhr im Orankebad ihr jährliches Kinderfest.

■ **Petra Merkel - Sommergespräche 2010,** 24.08., 10:00 - 12:00 Uhr, Petra Merkel, MdB, Wochenmarkt, Preußenallee, 14052 Berlin

■ **Mit Barack Obama auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt?** 25.08., 18:00 Uhr, Veranstalter: Peter Treichel, MdB / Fachausschuss Internationales, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ **Gemeinsames Fastenbrechen im Rollbergviertel in Neukölln,** 25.08., 20:15 Uhr, Veranstalter: SPD Neukölln - AG Migration, Gemeinschaftshaus MORUS14 e.V., Morusstraße 14, 12053 Berlin Einlass ab 19.45 Uhr. Die Anzahl der Plätze ist begrenzt und eine Platzreservierung leider nicht möglich.

■ **Info-Stand am Karl-August-Platz** (Krumme Straße/Ecke Pestalozzistraße). 25. August, 11:30 Uhr, Stadteitrag mit Frank Jahnke. Treffen Sie Innensenator Dr. Ehrhart Körting und die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel!

■ **Besichtigung der Baustelle des „Zoofersters“** am Breitscheidplatz mit Ausblick vom 22. Stock des Rohbaus und Erläuterungen durch den Bauleiter, 25. August, 16:00 Uhr, Stadteitrag mit Frank Jahnke. Treffpunkt: Um 15.50 Uhr am Baustelleneingang Hardenbergstraße. Begrenzte Platzzahl: Bitte melden Sie sich telefonisch unter 2325-2234 an!

■ **„Wie geht es weiter rund um den Breitscheidplatz?“** (Fachgespräch der SPD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf). 25. August, 16:30 Uhr, Investorenvertreter stellen ihre Pläne vor und diskutieren diese mit: Pfarrer Martin Germer (Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche), Gottfried Kupsch (AG City), Marc Schulte (Wirtschaftsstadtrat), Frédéric Verrycken (SPD-Fraktionsvorsitzender in

der BVV), Joachim Wolf (Regionalmanagement City-West), Moderation: Frank Jahnke, MdB. Ort: Amerikahaus, Hardenbergstraße 2

■ **Begehung des Olivaer Platzes** mit Vertretern der dortigen Bürgerinitiative; 25. August, 19:00 Uhr, Treffpunkt Olivaer Platz gegenüber der Einmündung der Wielandstraße; ab 20.00 Uhr Diskussion über die Entwicklung des Olivaer Platzes im Hotel „Citadines“ (Olivaer Platz 1)

■ **Eva Högl, MdB: Bürgersprechstunde** auf dem Stephanplatz, 27.08., 17:00 Uhr, Abt. Moabit-Nord, Stephanplatz, 10559 Berlin

■ **Bürgersprechstunde des Bundestagsabgeordneten Swen Schulz** - Spandau, 28.08., 15:00 - 18:00 Uhr, Bürgerbüro Swen Schulz, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36757090.

■ **Sommerfest der SPD Marzahn-Hellersdorf,** 29.08., 12:00 - 15:00 Uhr, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin. Justizsenatorin Gisela von der Aue wird zu Gast sein.

■ **Großes Sommerfest der SPD Spandau.** Die SPD Spandau veranstaltet ihr traditionelles Sommerfest am Sonntag, 29. August 2010 in der Zeit von 14 - 19 Uhr im Wröhmännerpark (Nähe Hafenplatz). Bei dem Fest mit einem attraktiven Bühnenprogramm, Kinderspielen und vielen Überraschungen haben Spandauer Bürgerinnen und Bürger hier wieder die Gelegenheit, ihre Bezirkspolitikerinnen und Politiker sowie zahlreiche prominente Gäste aus dem politischen Berlin zu treffen. Zugesagt haben u.a. die Senatorinnen Ingeborg Junge-Reyer (Stadtentwicklung) und Gisela von der Aue (Justiz) sowie der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper.

■ **Finanzierungskulisse Verkehr-Bund, Länder und Gemeinden,** 1.09.2010, 18:30 - 20:30 Uhr, Veranstalter: Christian Gaebler, MdB / Fachausschuss Mobilität, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 388, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ **Heil- und Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung – nach Bedarf oder Kassenlage?** Referent: Dr. Thomas Isenberg, MdB, 01.09.2010, 16:30 Uhr, Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, AWO Landesverband, Erdgeschoss, Blücherstr. 62, 10961 Berlin

■ **Eva Högl, MdB: Bürgersprechstunde.** 7.09., 16:00 - 18:30 Uhr, Wahlkreisbüro Dr. Eva Högl, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 4692125

■ **Sommerfest der Berliner SPD,** 8.09.2010, 18:30 Uhr, Radialsystem V, Holzmarktstraße 33, 10243 Berlin, Programm mit Talkrunden zum Thema: 20 Jahre Vereinigung der SPD in Berlin - Landesverband Berlin-West und Bezirksverband Berlin-Ost. KULTUR: Manne & Günther (Comedyduo aus Berlin) sowie P.R. Kantate (Konzertauftritt) - Wir bitten um Anmeldung bis zum 1. September 2010; Telefon 4692-222, im Internet: www.spd-berlin.de/sommerfest

■ **Informationsgespräch zum Thema „Inte-**

grationsgesetz“ mit dem zuständigen Mitglied des Abgeordnetenhauses Raed Saleh, SPD Gesundbrunnen, Montag, 13. September 2010, 19:00 Uhr, AWO Freizeitstätte Club 56, Rheinsberger Straße 56, 10115 Berlin (U-Bhf. Bernauer Straße).

■ **„Extrem populär?! Rechtspopulismus in Deutschland und Europa“** am Mittwoch, 22. September 2010 von 18:00 - 20:00 Uhr in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin. Gerade in Zeiten der Krise versuchen rechtspopulistische Parteien und Bewegungen mit einfachen Versprechen und Ausgrenzungsschablonen die Ängste vieler Bürger/innen für „ihre Sache“ zu nutzen. Der Erfolg dieser Taktik zeigte sich u.a. in den jüngsten Wahlergebnissen rechtspopulistischer Parteien in Europa, - von Dänemark über die Niederlande und Österreich bis nach Osteuropa. Handelt es sich bei dieser Zunahme des Rechtspopulismus um ein vergängliches Phänomen oder ist dieser auf dem Weg zum politischen Mainstream? In einer Expertise für die Friedrich-Ebert-Stiftung geht Dr. Werner T. Bauer dieser Frage nach und analysiert rechtspopulistische Parteien in Europa. Programm und Anmeldung unter: www.fes-forumberlin.de/Inhalt/vera.php, Antwortkarte bitte bis 15.09.2010 an Frau Marion Loyda: forum.ml@fes.de, Fax: 030 26935 9240

■ **aktuelle Termine der Berliner SPD im Internet:** <http://www.spd-berlin.de/termine/>

B UNDESTAGSABGEORDNETE

Sprechstunden finden Sie in der Terminübersicht links.

■ **DR. EVA HÖGL,** Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de.

■ **PETRA MERKEL,** Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de

■ **MECHTHILD RAWERT,** Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Montag/Mittwoch/Freitag 10.30 bis 14.00 Uhr, Dienstag/Donnerstag 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Um Anmeldung wird gebeten unter: mecchthild.rawert@wk.bundestag.de oder Tel. 720 13 884

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT,** MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ,** Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90.

■ **WOLFGANG THIERSE,** Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Zwischen Propaganda und Terror

Topographie des Terrors eröffnet Dauerausstellung

Mit einem Festakt wird am kommenden Dienstag um 18.00 Uhr die Ausstellung „Berlin 1933-1945. Zwischen Propaganda und Terror“ eröffnet. Die im Ausstellungsraben installierte Dauerausstellung komplettiert das Angebot der Topographie des Terrors.

„Die Ausstellung thematisiert die nationalsozialistische Politik in Berlin und ihre Folgen für die Stadt und ihre Bevölkerung“, so der Direktor der Stiftung Topographie des Terrors Prof. Dr. Andreas Nachama. „Sie zeigt, wie es den Nationalsozialisten gelang, im ‚roten‘ Berlin Fuß zu fassen und die Stadt zum politischen Zentrum ihrer Herrschaft auszubauen. In der deutschen Hauptstadt hatten nicht nur alle Ministerien ihren Sitz, hier etablierten die Nationalsozialisten auch die wichtigsten Terrorbehörden.

Einschusslöcher in Fassaden, der Ruinenturm der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kir-



Topographie des Terrors an der Wilhelmstraße.

che, Stolpersteine, Gedenktafeln und Spuren der NS-Herrschaft – das Vergangene bleibt gegenwärtig. „Die Dokumentation im Ausstellungsraben der „Topographie des Terrors“ soll helfen, diese Spuren lesbar zu machen, um verstehen zu helfen, was damals geschah und welche Folgen es für unsere Gegenwart hat“, so Prof. Dr. Andreas Nachama. **PM** □

„...auf dem Dienstweg“

Ausstellung zeigt die Verfolgung städtisch Bediensteter 1933-45

Die Stadt Berlin war im Jahr 1933 mit etwa 100.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in der damaligen Reichshauptstadt. Gleich nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten und in den Folgejahren wurden unerwünschte Bedienstete, vor allem Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, in der Haupt- sowie den Bezirksverwaltungen und den zahlreichen städtischen Betrieben versetzt, zwangspensioniert oder entlassen.

Oft hatte dies fatale Folgen für die Betroffenen und ihre Familien. Im NS-Jargon hieß das „Aufräumarbeiten“; die frei gemachten Stellen übernahmen in der Regel „alte Kämpfer“ der NSDAP. Eine im Auftrag der Senatsverwaltung für Inneres und

Sport Berlin durch die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum und die Agentur BERGZWO erarbeitete Ausstellung dokumentiert exemplarische Einzelschicksale und beschreibt die Personalpolitik der Berliner Stadtverwaltung im nationalsozialistischem Kontext. Die Ausstellung ist seit Februar 2010 in monatlichem Turnus in Behörden und ehemaligen kommunalen Betrieben der Stadt Berlin den dort Beschäftigten sowie der interessierten Öffentlichkeit zugänglich. **PM** □

➔ Ausstellung bis zum 24. September 2010 in den Diensträumen des Beauftragten für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Fr 9.00 bis 15.00 Uhr, Do 9.00 bis 18.00 Uhr.

KULTURTIPPS

„Kunst und Künstler der DDR“. Noch bis zum 5. September präsentiert der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus die Ausstellung „Kunst und Künstler der DDR. Werke aus der Sammlung im Willy-Brandt-Haus.“ Zu sehen sind Arbeiten von über 60 Künstlerinnen und Künstlern aus der ehemaligen DDR, darunter Karl-Heinz Adler, Carlfriedrich Claus, Michael Morgner, Hermann Glöckner, Hans-Hendrik Grimmeling, Ralf Kerbach, Willy Wolff und viele andere. Viele Künstlergruppen und Themen können nur andeutungsweise behandelt werden. Trotzdem zeigt die Auswahl, dass insbesondere nicht staatskonforme Kunst und Künstler aus der DDR eine wichtige Position innerhalb der Sammlung einnehmen.

➔ Ausstellung „Kunst und Künstler der DDR“, bis 5. September, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140 / Stresemannstraße 28, 10963 Berlin-Kreuzberg. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr. Eintritt frei, ein gültiger Personalausweis ist erforderlich.

Lesung am Anti-Kriegstag zum Thema Afghanistan. In der Büchergilde liest am 1. September Shelly Kupferberg aus „Tausend strahlende Sonnen“ von Khaled Hosseini. Der Autor des „Drachenläufer“ erzählt in seinem zweiten Roman die Geschichte von Mariam und Laila, die gegen ihren viel älteren Ehemann Raschid aufbegehren und dabei Freundinnen werden. Hosseini beschreibt in diesem Buch auch die Geschichte Afghanistans und seiner Hauptstadt Kabul. Shelly Kupferberg arbeitet als Journalistin, Moderatorin und Sprecherin bei verschiedenen Hörfunksendern, darunter beim Deutschlandradio Kultur, dem Kulturradio vom rbb. Themenschwerpunkte ihrer Arbeit sind Kultur & Gesellschaft und Musik. **BS** □

➔ 1. September 2010, 19.00 Uhr, Büchergilde - Buchhandlung am Wittenbergplatz, Kleiststr. 19 - 21, 10787 Berlin, Eintritt frei!